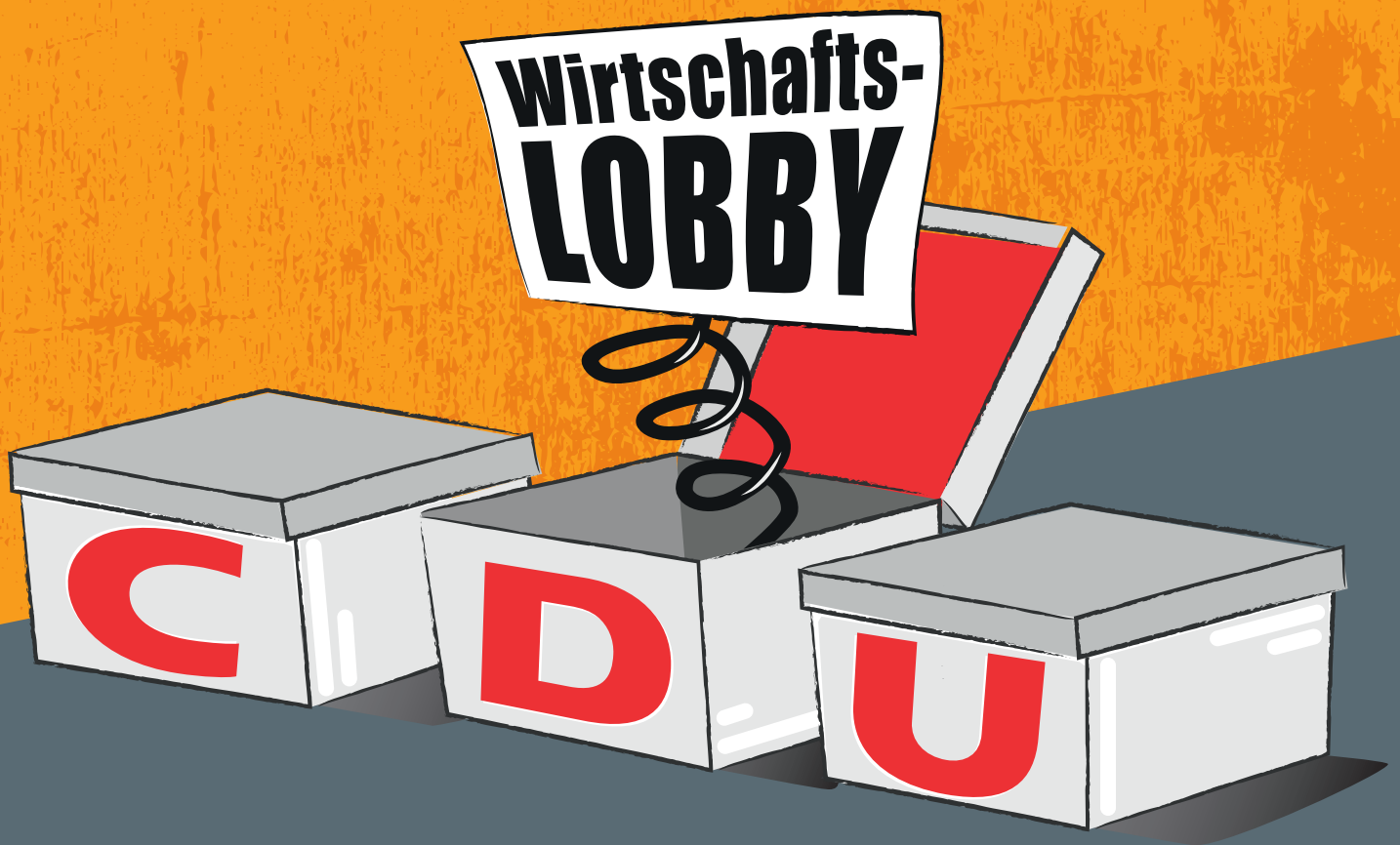


Der Wirtschaftsrat der CDU

Mächtiges Lobbyforum und
einflussreicher Klimaschutz-Bremser



Initiative für Transparenz und Demokratie

IMPRESSUM

Herausgeber:

LobbyControl e.V.
www.lobbycontrol.de

Autorin:

Dr. Christina Deckwirth

Mitarbeit:

Finn Starken und Magdalena Gutmann

Redaktion:

Dr. Max Bank und Jörg Rohwedder

Lektorat:

Rheinlektorat

Gestaltung und Satz:

blickpunkt x, Köln

Titelgrafik:

Holger M. Müller

Fotos:

S. 11, links: von Heinrich-Böll-Stiftung derivative work:
FishInWater (talk) – Hildegard_Müller_Rainer_Baake.jpg, CC BY-SA 2.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15676470>
S. 11, rechts: von Olaf Kosinsky – Own work, CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=87515331>
S. 12: von Heinrich-Böll-Stiftung from Berlin, Deutschland – Prof. Lars P. Feld,
CC BY-SA 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=45069163>

Berlin/Köln, März 2021

Der Inhalt dieser Veröffentlichung darf für nicht kommerzielle Zwecke zitiert oder wiedergegeben werden, sofern dabei die Informationsquelle erwähnt wird.

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Einleitung	6
2. Ein einflussreicher Lobbyverband: Wer ist der Wirtschaftsrat?	8
Who's who: Gremien des Wirtschaftsrats	10
Neoliberale Netzwerke und Politikberatung: der Wissenschaftliche Beirat	12
Bettzüge und das EWI – enge Verbindungen zur Energiewirtschaft	14
3. Woher kommt das Geld? Die Finanzierung des Wirtschaftsrats	16
Sponsoring bei der Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik	19
Fachdebatten vor Werbeflächen	20
4. Nähe und Netzwerke: die Arbeitsweise des Wirtschaftsrats	21
Facharbeit in Fachkommissionen	25
Symbiotische Verbindungen: die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsrat und CDU	25
5. Türöffner zur CDU: Wer pflegt die Nähe zum Wirtschaftsrat?	28
Zwischen Politik, Wirtschaft und Lobbyismus: Friedrich Merz	28
Merz' klimapolitische Positionen	29
Die wechselhafte Karriere von Friedrich Merz	31
Das „Bermudadreieck der Energiewende“	33
Joachim Pfeiffer: Berater und Energiepolitiker mit Lobbynähe	33
Thomas Bareiß: Multifunktionär im Einsatz für die Gaslobby und Staatssekretär	35
6. Ausbremsen und verzögern: klimapolitische Interventionen	38
Lobbyarbeit gegen die Energiewende	39
Angriffe auf den Klimaschutz	40
Rückendeckung für die Autoindustrie: CO ₂ -Grenzwerte und „Technologieoffenheit“	41
Klimaschutz als „Belastung“ – das klimapolitische „Framing“ des Wirtschaftsrats	43
7. Fazit: Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	45
Forderungen	46

Zusammenfassung

In den politischen Debatten zur Klimakrise fällt der Wirtschaftsrat der CDU als besonders starker und einflussreicher Klimaschutz-Bremser auf. In Klimafragen setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen, warnt vor zusätzlichen „Belastungen“ für Unternehmen und wehrt sich gegen schärfere Klimaziele. Durch seine engen Verbindungen zur CDU haben diese Positionen direkten Einfluss auf die klimapolitische Ausrichtung der Partei und ihrer Vertreter:innen in der Politik.

⇒ Wer sich in Deutschland mit Klimapolitik beschäftigt, sollte den Wirtschaftsrat als einflussreichen Bremser im Blick behalten und seine Macht zurückdrängen.

Der Wirtschaftsrat der CDU ist – anders als sein Name suggeriert – kein CDU-Parteigremium, sondern ein unternehmerischer Berufs- und Lobbyverband. Das wird in der medialen Berichterstattung selten klar benannt. Mitglied im Wirtschaftsrat sind rund 12.000 Unternehmen und Unternehmer:innen, die sich als CDU-nah verstehen. Der Verband dient als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen. Der Namenszusatz „der CDU“ weist lediglich auf eine Nähe zur Partei hin. Wichtig ist aber auch: De facto agiert der Wirtschaftsrat trotzdem wie ein Parteigremium.

⇒ Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf eine klare und eindeutige Bezeichnung des Gremiums. Der Wirtschaftsrat muss in jeglicher Berichterstattung als CDU-naher Berufs- oder Lobbyverband bezeichnet werden, um den durch die Namenswahl nahe liegenden Eindruck zu vermeiden, er sei ein Parteigremium.

Der Wirtschaftsrat der CDU steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Der Wirtschaftsrat verschafft Unternehmen auch auf anderen Wegen privilegierte Zugänge zu CDU-Politiker:innen und organisiert Lobbygespräche. Gleichzeitig ist der Verband als Parteivorfeldorganisation aufs Engste mit der CDU verbunden. Als ständiger Gast im Parteivorstand hat er eine Stellung, die sonst nur Parteifunktionären und parteiinternen Vereinigungen vorbehalten ist. Diese Doppelrolle ist problematisch: Der Wirtschaftsrat profitiert von seinem parteinahen Image, ist aber durch seine eigene Rechtsform nicht den Transparenzpflichten einer Parteiorganisation unterworfen. Zugleich profitiert er als Berufsverband von steuerlichen Vorteilen, unterliegt aber dennoch – anders als gemeinnützige Vereine – keinerlei Einschränkungen in seiner politischen Arbeit.

⇒ Sowohl der Wirtschaftsrat als auch die CDU müssen Klarheit schaffen und sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen trennen. Um die Macht des Wirtschaftsrats innerhalb der CDU zu begrenzen, sollte der Wirtschaftsrat nicht länger Mitglied des Parteivorstands sein.

Die öffentlichen Positionen des Wirtschaftsrats spiegeln keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Der Wirtschaftsrat versammelt zu Klimafragen besonders jene Unternehmen und Akteure, die Klimaschutzmaßnahmen skeptisch gegenüberstehen, weil sie selbst in der fossilen Wirtschaft verankert sind oder Klimaschutz aus ideologischen Gründen ablehnen. Die Fachkommission Energiepolitik wurde beispielsweise jahrelang von dem früheren Vorstandsvorsitzenden der RWE-Braunkohle-Tochter RWE Power AG geleitet. Ideologisch ist der Verband stark durch neoliberale Netzwerke geprägt, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ablehnen. Unternehmen, die auf klimapolitische Fortschritte drängen, sind im Wirtschaftsrat wenig sichtbar.

- ⇒ Um als moderne und zukunftsorientierte Partei glaubwürdig zu sein, sollte die CDU ihre Verbindungen zum Wirtschaftsrat neu ausrichten und ihr klimapolitisches Netzwerk erweitern.

Mit Friedrich Merz kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbands für den Parteivorsitz. Mit Merz drängt auch weiterhin ein Top-Lobbyist auf eine wichtige Rolle in Partei und Regierung. Die Positionen des Verbands bekamen während Merz' zweimaliger Kandidatur (2018 und 2020/21) besondere Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Ein Parteivorsitzender Merz hätte den Einfluss der im Wirtschaftsrat vertretenen Unternehmensinteressen auf die Partei enorm gestärkt. Auch nach seiner Niederlage reklamiert Merz eine wichtige Rolle in der Partei für sich und seine Unterstützerschaft aus der Wirtschaft. Auch Merz profitiert davon, dass der Wirtschaftsrat meist als Parteigremium und nicht als eigenständiger Lobbyverband dargestellt und wahrgenommen wird.

- ⇒ Da Friedrich Merz offenbar weiterhin ein politisches Spitzenamt anstrebt, sollte er umgehend seine Führungsrolle im Wirtschaftsrat abgeben, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Der Wirtschaftsrat kann wie alle Lobbyorganisationen in Deutschland im Dunkeln agieren, da es keine Transparenzpflichten für Lobbyist:innen gibt.

Der Wirtschaftsrat muss weder angeben, auf welche Gesetzgebungsprozesse er Einfluss nimmt, noch wie er sich finanziert oder wie viel er für Lobbyarbeit ausgibt. Auch müssen die Ministerien nicht angeben, mit welchen Lobbyist:innen es Treffen zu Gesetzen gab. Die Große Koalition erarbeitet gerade ein Lobbyregister, das das ändern soll. Die CDU muss endlich ihre Blockade schärferer Lobbyregeln aufgeben.

- ⇒ Wir brauchen eine umfassende Reform für Integrität und Transparenz in der Politik. Dazu gehören schärfere Regeln für Abgeordnete, ein umfassendes Lobbyregister und strengere Regeln für Parteispenden und Sponsoring.

1.

Einleitung

„Der Wirtschaftstag [des Wirtschaftsrats] ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt.“

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU, 26.06.2018¹

„Ich bin froh über dieses Engagement [des Wirtschaftsrats]. Unterstützung, kritisch sein, treiben – das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender.“

Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, CDU, 13.06.2019²

„**P**flichtprogramm im Kalender“, „politisches Großereignis“ – der alljährliche Wirtschaftstag des Wirtschaftsrats der CDU genießt im konservativen politischen Berlin hohes Ansehen. Wenn der Wirtschaftsrat zu seiner Lobbyveranstaltung im Großformat in das Maritim Hotel mitten im Berliner Regierungsviertel einlädt, können sich die Veranstalter sicher sein, dass die wichtigsten Personen aus CDU, Bundestagsfraktion und Bundesregierung erscheinen. Exklusiver geht es auf Ministergesprächen, Kamin-gesprächen und Fachtagungen des Wirtschaftsrats zu – auch hier erscheinen regelmäßig führende politische Entscheidungsträger:innen, um in kleiner Runde zu diskutieren.

Die Anziehungskraft des Wirtschaftsrats ist groß – sowohl mit Blick auf seine Mitgliedschaft als auch seine Gäste. Dabei profitiert der Wirtschaftsrat von seiner Zwitterstellung: Er ist formal ein unternehmerischer Berufsverband, wird aber durch seine Namenswahl und durch seine enge Verbindung zur CDU von vielen als Parteiorganisation wahrgenommen und eingeordnet. Für den Wirtschaftsrat hat das zwei Vorteile:

1 „Wirtschaftstag 2018“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 26.06.2018: https://www.youtube.com/watch?v=_iXcj4NlpvM.

2 „Wirtschaftstag 2019 – Neuer Aufbruch für Deutschland und Europa“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 13.06.2019: https://www.youtube.com/watch?v=-vE1_a0fhdyw.



Politiker:innen aus Regierung und Parlamenten erscheinen gerne, wenn der Wirtschaftsrat zu Lobbyveranstaltungen einlädt.

Er unterliegt nicht den Transparenzpflichten, die für Parteiorganisationen gelten, und er vermeidet das negative Image einer Lobbyorganisation.

Dabei ist er genau das: Der Wirtschaftsrat zählt zu den größten Lobbyverbänden der Republik. Dabei vertritt der Verband keinesfalls die Gesamtheit aller unternehmerischen Positionen, sondern vereint in puncto Klimaschutz ein bestimmtes Klientel an besonders markliberalen und konservativen Unternehmensvertreter:innen. Beim Wirtschaftsrat weilen Skeptiker:innen von strengen Klimaschutzauflagen noch weitgehend unter ihresgleichen und richten markige Kritik in Richtung jener, die die Klimakrise als reale Gefahr benennen und auf schnelles Handeln drängen.

Was treibt die Politiker:innen an, so willig an einer der größten Lobbyveranstaltungen des Landes teilzunehmen? Der Wirtschaftsrat profitiert von seinem Image als Verband, der die Wirtschaft vertritt. Und er profitiert davon, dass seine Veranstaltungen unter CDU-Größen – wie es Minister Scheuer formuliert – als „Pflichtprogramm“ gelten. Wer in der CDU als Wirtschaftspolitiker:in etwas werden will, muss sich auch im Umfeld des Wirtschaftsrats bewegen. Gegengewichte mit einem anderen ideologischen und thematischen Zuschnitt in Sachen Klimaschutz fehlen in der Partei weitgehend.

Unsere Studie zeigt, dass der Wirtschaftsflügel der CDU und der Wirtschaftsrat eine mächtige Allianz bilden, die den Klimaschutz in Deutschland ausbremst und die so dringend notwendige Transformation der Wirtschaft verzögert. Wenn sich die CDU auf die Zukunft ausrichtet und Klimaschutz ernst nimmt, muss sie dringend ihre Verbindungen zum Verband neu ausrichten und gerade in wirtschaftlichen Fragen ihre Perspektive erweitern.

Gegenstand dieser Studie ist die Arbeitsweise des Wirtschaftsrats mit besonderem Fokus auf der Klimapolitik. Die Untersuchung beschränkt sich weitgehend auf aktuelle Positionen und Entwicklungen im Wirtschaftsrat. Die Wirtschaftsverbände mit Nähe zu anderen politischen Parteien sind nicht Gegenstand dieser Untersuchung.³

³ Im Umfeld der Parteien SPD, Grüne und FDP haben sich ebenfalls Wirtschaftsverbände als parteinahe Vorfeldorganisationen gegründet – diese sind aber wesentlich kleiner und auch sehr viel jünger als der Wirtschaftsrat der CDU. Der Liberale Mittelstand gründete sich 1984, das Wirtschaftsforum der SPD 2015 und der Grüne Wirtschaftsdialog erst 2018.

2.

Ein einflussreicher Lobbyverband: Wer ist der Wirtschaftsrat?

Auf seiner Webseite beschreibt sich der Wirtschaftsverband mit klaren Worten: Der Verband sei „eine ideale Plattform zur aktiven Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unseres Landes.“⁴ Seine Mitglieder können „ihre unternehmerischen Interessen und wirtschaftlichen Belange aktiv einbringen“ und profitieren vom „direkten Dialog mit Politikern auf Bundes- und Länderebene“.⁵ Direkter Dialog mit Politiker:innen, aktives Mitgestalten und Einbringen in Entscheidungen – hier wird die Hauptfunktion des Wirtschaftsrats deutlich beschrieben: Der Verband ist ein Forum für Lobbyarbeit.

Der Wirtschaftsrat entstand als parteinahes Gremium, ist aber weder rechtlich noch finanziell mit der Partei verbunden. Als ständiger Gast im Parteivorstand genießt der Verband privilegierte Zugänge zur CDU.

Der Wirtschaftsrat wurde im Jahr 1963 am Ende der Ära Adenauer und im Übergang zur Kanzlerschaft Ludwig Erhards gegründet. Damals gab es bereits die Mittelstandsvereinigung als parteiinternes Gremium für CDU-nahe Unternehmer:innen. Um dieser keine Konkurrenz zu machen, gründete sich der Wirtschaftsrat als außenstehende Vereinigung. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Parteivorfeldorganisation gekennzeichnet. Rechtlich und finanziell bestehen aber keine Verbindungen zwischen Wirtschaftsrat und Partei. Mit einem ständigen Sitz im Bundesvorstand der Partei ist der Wirtschaftsrat allerdings aufs Engste in parteiinterne Debatten eingebunden.⁶

Gründungsimpuls war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, die damals noch sehr stark von den parteiinternen Sozialausschüssen geprägt waren.⁷ Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet und sollten durch die Neugründung enger an die CDU gebunden werden. Der

⁴ „Wir freuen uns auf Sie!“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Webseite: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/mitglied-werden-wir-freuen-uns-auf-sie-de?open&ccm=000100070010>.

⁵ Ebd.

⁶ Auf der Webseite der Partei war der Wirtschaftsrat außerdem bis Frühjahr 2018 als „sonstige Organisation“ aufgeführt – gemeinsam mit so unterschiedlichen Gruppierungen wie den Lesben und Schwulen in der Union (LSU) oder den Christen für das Leben (CDL). Einen offiziellen Status mit formellen Rechten und Pflichten innerhalb der Partei hatte der Wirtschaftsrat allerdings nie.

⁷ Vgl. Konrad Adenauer Stiftung, Webseite: <https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/der-archivbestand-des-wirtschaftsrates-der-cdu-e.v>.

Wirtschaftsrat entstand in einer Zeit, als die CDU ideologisch noch stark auf den Ausbau des Sozialstaats ausgerichtet war und fest in dem Konzept der Sozialpartnerschaft verankert war. Die Gründung des Wirtschaftsrats war ein Schritt in Richtung einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der Partei. Gründungsmitglied des Wirtschaftsrats war u. a. der neoliberale Wirtschaftsminister und spätere Kanzler Ludwig Erhard, der bis heute eine zentrale Referenzperson des Verbands ist.

Nach eigenen Angaben hat der Verband rund 12.000 Mitglieder im Wirtschaftsrat, von denen über 5.000 aktiv sind.⁸ Zu den Mitgliedern gehören Unternehmen und unternehmerisch tätige Führungskräfte sowie Freiberufler:innen wie Anwält:innen und Berater:innen. Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbands unterscheidet er sich grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU, die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist allerdings eine Parteimitgliedschaft keine Voraussetzung zum Beitritt.

Als unternehmerischer Berufsverband unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist.

Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile, d. h., er ist von der Körperschaftssteuer befreit und seine Mitglieder können ihre Beiträge steuerlich geltend machen. Diese Steuervorteile gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Der Wirtschaftsrat ist – anders als Parteien und deren Vereinigungen – nicht verpflichtet, seine Finanzierung offenzulegen. Außerdem wurden bisher trotz der Steuervorteile keinerlei Beschränkungen der politischen Tätigkeiten eingefordert – anders als bei gemeinnützigen Vereinen. Das ist ein klarer Vorteil gegenüber gemeinnützigen Vereinen, die in ihrer politischen Betätigung eingeschränkt sind – siehe das Attac-Urteil – und sich auch nicht allein auf eine Partei ausrichten dürfen.

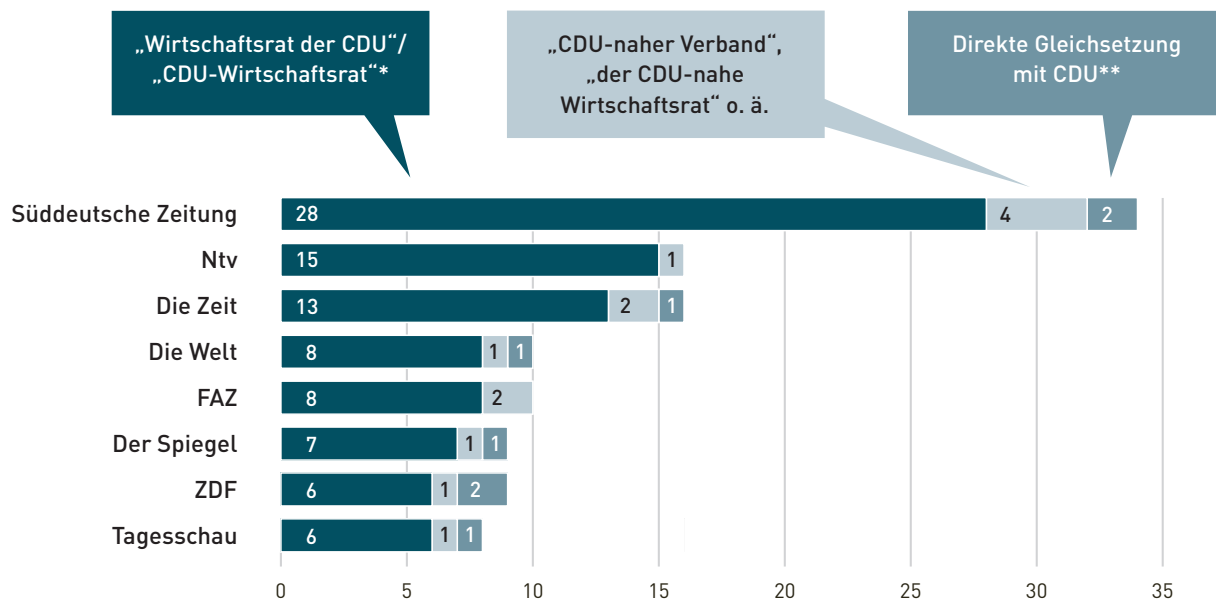
In der medialen Berichterstattung ist häufig nicht sichtbar, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. So referiert beispielsweise die Süddeutsche Zeitung in einem Abschnitt mit der Überschrift „Aus der CDU kommen Forderungen, die Wirtschaft zu schonen“ Positionen des Generalsekretärs des Wirtschaftsrats Wolfgang Steiger.⁹ Auch in einem Online-Beitrag des Fernsehsenders ntv werden Zitate von Steiger als CDU-Positionen bezeichnet.¹⁰ Unsere Auswertung von Artikeln aus acht Medien ergibt, dass der Verband nur selten korrekterweise als CDU-naher Verband bezeichnet wird und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt wird (vgl. Tabelle 1). Hier braucht es dringend Klarheit in der Benennung des Verbands, um eine Irreführung der Leserschaft zu vermeiden.

⁸ Vgl. „Was ist der Wirtschaftsrat?“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Webseite: <https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/was-ist-der-wirtschaftsrat-de?open&ccm=000100010>.

⁹ Vgl. „Wie die Pandemie das Klima schützt – und bedroht“, Michael Bauchmüller und Marlene Weiß, Süddeutsche Zeitung, 12.04.2020: <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-klimawandel-nachhaltigkeit-1.4873975>.

¹⁰ Vgl. „CDU-Wirtschaftsrat will Klimaziele kippen“, N-tv, 11.04.2020: <https://www.n-tv.de/politik/CDU-Wirtschaftsrat-will-Klimaziele-kippen-article21708008.html>.

Tabelle 1:

Bezeichnung des Wirtschaftsrats in ausgewählten Online-Medien (1.7.2020 bis 10.1.2021)¹¹

* Ohne weitere Erläuterung liegt bei dieser Bezeichnung nahe, den Wirtschaftsrat als Parteigremium einzuordnen.

** Z. B. „Politiker der CDU“ sagten, „Stimmen aus der CDU“ und ähnliche Formulierungen.

WHO'S WHO: GREMIEN DES WIRTSCHAFTSRATS

Der Wirtschaftsrat wird durch ein 20-köpfiges Präsidium und einen 74-köpfigen Bundesvorstand gesteuert und unterhält eine Bundesgeschäftsstelle und mehrere Landesgeschäftsstellen mit insgesamt rund 130 Mitarbeiter:innen. Präsidentin des Wirtschaftsrats ist die niedersächsische Unternehmerin und Beraterin Astrid Hamker, die 2019 den Backwaren-Unternehmer Werner Bahlens abgelöst hatte. Einer von zwei Vizepräsidenten ist seit Anfang 2019 der Unionspolitiker und Finanzlobbyist **Friedrich Merz**. Neben diesen führenden Köpfen hat auch der Bundesgeschäftsführer Wolfgang Steiger eine hohe Präsenz in den Medien.

Das Präsidium ist für die Durchführung der Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung und des Bundesvorstands zuständig. Prominente Präsidiumsmitglieder sind der Vorstandsvorsitzende der **Deutschen Bank** Christian Sewing, **Daimler**-Vorständin Renata Jungo Brüngger oder Stefan Schulte, Vorstandsvorsitzender der **Fraport AG**. Dazu gesellen sich prominente Ex-CDU-Politiker wie Roland Koch, ehemaliger

¹¹ Quelle: Eigene Auswertung auf Basis von Daten des Mediendienstleisters Meltwater.



Friedrich Merz ist dem Wirtschaftsrat schon lange verbunden, 2019 wurde er zum Vizepräsidenten gewählt.

Links: Hildegard Müller, frühere CDU-Politikerin, Cheflobbyistin der deutschen Autoindustrie und Vorstandsmitglied im Wirtschaftsrat.

hessischer Ministerpräsident und mittlerweile Aufsichtsratsvorsitzender der **UBS AG**, und der ehemalige **EU-Kommissar** Günther Oettinger. Die Energiewirtschaft ist über **E.ON**-Vorstandsmitglied Karsten Wildberger vertreten. Mit Christian Freiherr von Stetten ist zudem ein aktiver CDU-Politiker im Präsidium präsent – und zwar in seiner Funktion als Vorsitzender des **Parlamentarskreises Mittelstand**, dem parlamentarischen Arm des CDU-Wirtschaftsflügels.

Der Bundesvorstand entscheidet über die „Grundlinien der Arbeit des Wirtschaftsrats“. Darin vertreten sind namhafte deutsche Unternehmerinnen und Unternehmer, darunter **PwC**-Geschäftsführerin Petra Justenhoven oder Lutz Raettig, Vorsitzender des Aufsichtsrates der **Morgan Stanley** Bank. Dabei sind auch führende Lobbyvertreter:innen wie VDA-Chefin Hildegard Müller, der Brüsseler Cheflobbyist der **Allianz** Burkhard Ober oder Aygül Özkan, Geschäftsführerin des Immobilienlobbyverbands **ZIA**. Zudem sitzen Führungskräfte aus der konventionellen Stromerzeugung (Steag und Lausitz Energie Bergbau), der Zementindustrie (CEMEX) sowie vom Autozulieferer Mapco im Bundesvorstand.

Der Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden mit jeweils eigenen Vorständen organisiert – Bayern hat einen eigenen Wirtschaftsrat, der an die CSU angebunden ist. Zusätzlich gibt es einen Jungen Wirtschaftsrat, eine Brüsseler und eine New Yorker Sektion. Neben Christian von Stetten im Präsidium sind in den Landesverbänden auch einige weitere aktive Politiker:innen in den Vorständen vertreten: so etwa die Bundestagsabgeordneten Mark Helfrich, Joachim Pfeiffer und Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium. Weder Joachim Pfeiffer noch Christian von Stetten geben ihre Funktionen auf der Bundestagswebseite unter den „veröffentlichungspflichtigen Angaben“* an – ein klarer Verstoß gegen die Transparenzregeln des Bundestags.

Konzernspitzen und Chef:innen großer Lobbyverbände: In Präsidium und Vorstand des Wirtschaftsrats sitzen einflussreiche Vertreter:innen der deutschen Wirtschaft. Dazu gesellen sich aktive und ehemalige CDU-Politiker:innen.

* Christian von Stetten gibt seine Mitgliedschaft im Vorstand des Wirtschaftsrats allerdings auf seiner Bundestagswebseite in der Spalte „Biografie“ an, richtigerweise müsste sie aber unter den „veröffentlichungspflichtigen Angaben“ angegeben werden.

NEOLIBERALE NETZWERKE UND POLITIKBERATUNG: DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT

Um die ideologische Ausrichtung des Wirtschaftsrats einzuordnen, ist ein Blick auf den Wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsrats aufschlussreich. Dieser wurde 2010 gegründet und wird mittlerweile von **Prof. Lars P. Feld** geleitet. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, leitet das neoliberale Walter Eucken Institut und war bis Ende Februar 2021 Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Rat der Wirtschaftsweisen“). Er ist zudem Mitglied in zahlreichen neoliberalen Think Tanks und Stiftungen wie der August-von-Hayek-Gesellschaft, der Stiftung Marktwirtschaft und der Mont Pèlerin Society.¹²

Die weiteren Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats waren jahrelang auf der Webseite des Wirtschaftsrats öffentlich einsehbar. Seit Mitte 2017 ist diese Einsicht nur noch den Mitgliedern des Wirtschaftsrats zugänglich. Auch auf Nachfrage gibt der Wirtschaftsrat die Mitglieder nicht preis und benennt uns gegenüber den Datenschutz als Grund. Die Liste von 2016 gibt dennoch Hinweise darauf, welche Funktion und welche Positionen der Beirat im Wirtschaftsrat hat.

Viele Wissenschaftler:innen, die 2016 noch Mitglied im Beirat waren, waren und sind als direkte Politikberater:innen in Bundesministerien tätig (Finanzen, Wirtschaft, Familie, Gesundheit, vgl. Tabelle 2). Außerdem sind die (früheren) Mitglieder mit zahlreichen neoliberalen politiknahen Think Tanks wie der Stiftung Marktwirtschaft oder der arbeitgeberfinanzierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft verbunden. Der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsrats mit seiner Besetzung von 2016 ist ein Knotenpunkt neoliberaler Politikberatung und verankert den Verband in neoliberalen Netzwerken zwischen Wissenschaft, Politik und Unternehmen.



Der Wirtschaftsprofessor Lars P. Feld leitet den wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsrats und ist Mitglied in zahlreichen neoliberalen Netzwerken.

12 Mehr zu Lars Feld: „Lars P. Feld“, Lobbypedia, LobbyControl: https://lobbypedia.de/wiki/Lars_P._Feld.

Tabelle 2:
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats (Stand 2016)

Mitglieder	Position
Lars P. Feld (Leitung)	- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Rat der Wirtschaftsweisen“), Vorsitzender (2020 – 2021, Mitglied 2011 – 2021) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesfinanzministerium, Mitglied - Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender - Impuls-Stiftung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), Kuratoriumsmitglied „Kronberger Kreis“ der Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Gutachter
Marc Oliver Bettzüge	- Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor - Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Volkswirtschaft, Energiewirtschaft und Nachhaltigkeit Mitglied des unabhängigen Expertenrats für Klimafragen, einberufen von der Bundesregierung
Norbert Bolz	TU Berlin, Lehrstuhl für Medienwissenschaften
Georg Erdmann	TU Berlin, Institut für Energietechnik
Clemens Fuest	Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen - Mitglied ifo Institut, Präsident Ludwig-Maximilians-Universität München „Kronberger Kreis“ der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied
Andreas Hackethal	Goethe Business School, Dekan Uni Frankfurt am Main, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Finanzen
Klaus Henning	Seniorberater OSTO-Systemberatung GmbH, Senior Advisor Institutscluster IMA / ZLW & IfU an der RWTH Aachen
Johanna Hey	- Institut für Steuerrecht Uni Köln, Direktorin - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied des Fördervereins
Michael Hüther	- Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Franz-Josef Radermacher	- Leiter Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm - Lehrstuhl für Datenbanken und künstliche Intelligenz, Uni Ulm
Thomas Straubhaar	- Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (HWWI), ehem. Direktor Uni Hamburg, Professor für Volkswirtschaftslehre - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Michael Stürmer	Publizist und Chefkorrespondent „Die Welt“
Eberhard Wille	Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (Bundesministerium für Gesundheit), ehemaliger stellv. Vorsitzender - Uni Mannheim, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
Martin Werding	- Uni Bochum, Lehrstuhlinhaber für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied Arbeitskreis Finanzwissenschaft des Bundesfinanzministeriums, Mitglied

Stand: April 2016 laut Webseite. Die aktuellen Mitglieder werden seit 2017 nicht mehr veröffentlicht; Funktionen wurden aktualisiert; **Fettung:** Politikberatung in Bundesministerien bzw. im Auftrag der Bundesregierung.¹³

13 Vgl. „Wirtschaftsrat der CDU“, Lobbypedia, LobbyControl: https://lobbypedia.de/wiki/Wirtschaftsrat_der_CDU.

BETTZÜGE UND DAS EWI – ENGE VERBINDUNGEN ZUR ENERGIEWIRTSCHAFT

Aus energie- und klimapolitischer Sicht ist das Beiratsmitglied Prof. Marc Oliver Bettzüge von Bedeutung. Bettzüge leitet das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln (EWI). Das Institut ist nicht integraler Bestandteil der Universität Köln, aber personell und organisatorisch eng mit dieser verbunden – alle drei Direktor:innen sind zugleich Professor:innen an der Universität zu Köln. Das EWI wurde lange Zeit durch Energieunternehmen mitfinanziert – auch Bettzüges Professur an der Uni Köln wurde als Stiftungsprofessur von der Energiewirtschaft eingerichtet und bis 2012 auch finanziert.¹⁴

Mittlerweile bezieht das EWI einen wesentlichen Teil seiner Finanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen, die Energieunternehmen sind aber noch immer in das EWI eingebunden. Der Förderverein des EWI, der aus Energieunternehmen und deren Verbänden besteht, stellt ein Drittel aller Aufsichtsratsmitglieder und stellt rund 10 % der projektgebundenen Finanzierung.¹⁵ Das EWI ist eine 100 %ige Tochter der Kölner Universitätsstiftung, die Spenden von Mäzenen und Unternehmen anwirbt. In deren Kuratorium saß bis Anfang 2021 u. a. ein Vertreter des Gastransportunternehmens Vier Gas (Alleineigentümer von Open Grid Europe), das bis Anfang 2021 auch im Aufsichtsrat des EWI vertreten war.¹⁶

Bettzüge ist dem Wirtschaftsrat eng verbunden: Auf seiner Webseite bezeichnete er sich noch bis 2019 als „Gast und Berater des Steuerungskreises der Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrats“¹⁷, seit mindestens 2011 bis 2016 listete der Wirtschaftsrat ihn als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats auf.¹⁸ Auch aktuell ist Bettzüge noch mit dem Wirtschaftsrat verbunden: Auf Anfrage teilt seine Mitarbeiterin mit, dass er seit 2019 als Gast des Wissenschaftlichen Beirats aufgeführt wird, um an einem geplanten Sammelband mitzuarbeiten. Er tritt zudem als Redner auf energiepolitischen Veranstaltungen des Wirtschaftsrats auf Landes- und Bundesebene auf.

14 Vgl. „Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe“, Anselm Waldermann, Der Spiegel, 27.08.2010: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wichtige-energiestudie-regierungsgutachter-steht-stromkonzernen-nahe-a-714013.html>.

15 Mehr Informationen zum EWI: „Energiewirtschaftliches Institut“, Lobbypedia, LobbyControl: https://lobbypedia.de/wiki/Energiewirtschaftliches_Institut.

16 Vgl. „EWI eine Wissensfabrik“, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, Webseite: <https://www.ewi.uni-koeln.de/de/ueber-uns/und: „Gremien“>, Kölner Universitätsstiftung, Webseite: <https://portal.uni-koeln.de/subportale/universitaetsstiftung/universitaetsstiftung/gremien>.

17 Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, Personenbeschreibung auf der EWI-Webseite, Version vom 11.2.2019, <https://web.archive.org/web/20190211201530/http://www.ewi.uni-koeln.de/ueber-uns/direktoren/prof-dr-marc-oliver-bettzuege/>.

18 Vgl. „Wissenschaftlicher Beirat – Zukunftskommission des Wirtschaftsrates“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Webseite: <https://web.archive.org/web/20110709051104/http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wissenschaftlicher-beirat-de>.

Marc-Oliver Bettzüge, Leiter des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Uni Köln (EWI), pflegt den Kontakt zum Wirtschaftsrat: als Redner, Buchautor oder Berater zu energiewirtschaftlichen Fragen. Das EWI wiederum steht im engen Austausch mit Unternehmen aus der Energiewirtschaft.

Das EWI stand in der Vergangenheit schon mehrfach für seine engen Verbindungen zwischen Wissenschaft und Energiewirtschaft in der Kritik. So kritisierten Umweltverbände und Opposition bereits 2010, dass das EWI ein Gutachten zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken im Auftrag der Bundesregierung erstellte, obwohl das Institut von Atomunternehmen finanziert wurde.¹⁹ Im Jahr 2012 erstellte das EWI eine Studie im Auftrag der arbeitgeberfinanzierten Kampagnenorganisation INSM über steigende Strompreise durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Studie war Teil der damaligen INSM-Kampagne zur Abschaffung des EEG, durch die das Framing „EEG als Kostentreiber für die Energiepreise“ in Öffentlichkeit und Politik verankert werden sollte.

Trotz dieser – zumindest früheren – offensichtlichen Nähe zur Energiewirtschaft ist das EWI und speziell auch Bettzüge weiterhin eng an die Politik angebunden. 2011 bis 2013 war Bettzüge Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages und wurde im August 2020 in den neu gegründeten Expertenrat für Klimafragen („Klimarat“) der Bundesregierung berufen. Seine energiepolitischen Positionen ähneln häufig denen der Energiekonzerne. So mischte er sich etwa in die Debatte um die Erhöhung der europäischen Klimaziele mit der Aussage ein, dass es für verschärfte Ziele „keine umfassende Grundlage“ gebe.²⁰ Damit stützte er die Position des Wirtschaftsrats, der sich mehrfach und mit deutlichen Worten gegen erhöhte europäische Klimaziele ausgesprochen hatte.

19 Vgl. „Spiel gegen die Zeit“, Marc Brost, Die Zeit, 19.08.2010: <https://www.zeit.de/2010/34/AKW-Ausstieg> und: „Atom-Gutachter bekommen Geld von RWE und E.on“, Die Zeit, 26.08.2010: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2010-08/rwe-eon-energiekonzept-koeln>.

20 „Erhöhung der EU-Klimaziele: Bundestagsfraktion stellt sich gegen Merkel“, Eva Fischer und Klaus Sratmann, 08.05.2020: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/green-deal-erhoehung-der-eu-klimaziele-bundestagsfraktion-stellt-sich-gegen-merkel/25813342.html>.

3.

Woher kommt das Geld? Die Finanzierung des Wirtschaftsrats

Mit rund 130 Mitarbeiter:innen in Geschäftsstellen auf Bundes- und Landesebene und seinen zahlreichen Veranstaltungen ist der Wirtschaftsrat ein Schwergewicht unter den deutschen Lobbyverbänden. Zum Vergleich: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) beschäftigt in seinen Geschäftsstellen rund 200 Mitarbeiter:innen, die deutschlandweit größte zivilgesellschaftliche Kampagnenplattform Campact rund 80 Mitarbeiter:innen. Dazu braucht es ausreichende Finanzierung – und diese kommt nach Angaben des Wirtschaftsrats ausschließlich über seine Mitglieder.

Die Beitragsordnung ist weitgehend transparent – alles Weitere bleibt aber im Dunkeln: Der Wirtschaftsrat veröffentlicht keinen Finanzbericht.

Die Beitragsordnung des Wirtschaftsrats ist öffentlich einsehbar: Der Beitrag für eine Firmenmitgliedschaft richtet sich nach dem Eigenkapital des Unternehmens – die Empfehlung lautet „ab 30.000 Euro“ für Unternehmen mit mehr als 75 Mio. Euro Eigenkapital, der Mindestbeitrag beträgt 2.500 Euro. Natürliche Personen zahlen für die Mitgliedschaft in der Regel mindestens 980 Euro.²¹ Die Beteiligung eines einzelnen Unternehmens am Beitrags- und Sponsoringaufkommen darf dabei 0,3 Prozent nicht überschreiten.²² Intransparent bleibt aber alles Weitere: Der Wirtschaftsrat veröffentlicht keinen Finanzbericht mit Angaben über sein Budget oder seine Mittelverwendung.

Die Finanzierung über die Mitglieder schließt auch Sponsoring von Veranstaltungen ein, wobei die Mitgliedsbeiträge nach eigenen Aussagen weitaus höher sind. Nach Aussagen des Generalsekretärs Wolfgang Steiger aus dem Jahr 2013 hatte das Sponsoring in den Vorjahren zugenommen.²³ Die genaue Höhe der Sponsoringeinnahmen veröffentlicht der Verband nicht – auch nicht auf Nachfrage. Nur eine Zahl ist bekannt: Die Investmentbank Union Investment gibt auf ihrer Webseite an, dass sie als Sponsor der Wirtschaftstage 2016 bis 2019 jeweils Summen zwischen 10.000 und 15.000 Euro gezahlt hat.²⁴ Ob Zahlungen anderer Unternehmen in ähnlicher Höhe liegen und welche genauen Gegenleistung diese Summen umfassen, ist ebenfalls nicht bekannt.

²¹ Vgl. „Wie hoch sind die Beiträge?“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Webseite: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wie-hoch-sind-die-beitraege-de>.

²² Vgl. „Unser Wirtschaftsrat – zum 50. Geburtstag stark wie nie“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Interview mit Wolfgang Steiger, 09.12.2013: https://issuu.com/wirtschaftsrat/docs/wr_intern_2013-12.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. „Aktiv für Investmentfonds – Wie und wo engagiert sich Union Investment?“, FinanzAgenda, Webseite: <https://finanzagenda.de/finanzagenda/Ausgangspunkt/Unterstuetzung-Veranstaltungen.html>

Klar ist allerdings, dass zur Gegenleistung gehört, dass die Sponsoren sich Sichtbarkeit bei Veranstaltungen kaufen: durch den Abdruck ihrer Logos in Publikationen, durch Messestände und Firmenpräsentationen – einschließlich der Ausstellung von Autos, Robotern und anderen Firmenprodukten.

Auch bei den Online-Veranstaltungen, die im Corona-Jahr 2020 durchgeführt wurden, sind die Logos der Unternehmen auf unterschiedliche Arten sichtbar: auf eigenen Sponsorenseiten, eingebunden auf der Startseite der jeweiligen Veranstaltung oder in einer eigenen Partnerlounge mit Einzelinterviews (siehe Bild). Beim digitalen Wirtschaftstag 2020 ließen sich außerdem bestimmte Veranstaltungen sponsern. Bei der Online-Veröffentlichung der Videos wurden einzelnen Podien Werbevideos vorangestellt. So beginnt das Podium zum Thema Altersvorsorge mit einem Werbevideo eines Fondsmanagers, und Microsoft bewirbt die Veranstaltung mit dem Titel „Digitaler Schub für Europa?“.²⁵

Dies legt nahe, dass sich verschiedene Sponsorenpakete erwerben lassen, wie dies auch bei anderen Unternehmens- bzw. Wirtschaftsverbandstagungen üblich und von Sportveranstaltungen bekannt ist.²⁶ Je mehr ein Unternehmen zahlt, desto größer ist seine Sichtbarkeit auf der Veranstaltung.

Die Hauptsponsoren des Wirtschaftstags 2020 waren die Bank ING, die Investmentbank Union Investment, das Wirtschaftsprüfungsunternehmen PwC und Telefónica/O2. Weitere Sponsoren waren u. a. der Apothekerlobbyverband ABDA, die Chemiekonzerne BASF und Bayer, der Immobilienkonzern Vonovia sowie zahlreiche Energie- und Finanzunternehmen. Zu den Sponsoren des Wirtschaftstags 2019 zählten u. a. die Deutsche Bank, BMW, RWE und Siemens. Die Unternehmen Wirecard und BlackRock waren Sponsoren des Wirtschaftstags 2018.

Logotafel der Sponsoren des digitalen Wirtschaftstags 2020²⁷.



²⁵ Vgl. „Wirtschaftstag 2020. Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft.“, Webseite: <https://wirtschaftstag.wirtschaftsrat.de/>.

²⁶ Auch der Tag der Deutschen Industrie finanziert sich durch Sponsoring. Der Immobilienlobbyverband ZIA veröffentlichte sein Sponsoringpaket für den Immobilienstag 2019, mehr dazu: „ZIA-Immobilienstag: Kein guter Ort, um über Wohnungspolitik zu diskutieren“, LobbyControl, 27.06.2019: <https://www.lobbycontrol.de/2019/06/zia-immobilienstag-kein-guter-ort-um-ueber-wohnungspolitik-zu-diskutieren/>.

²⁷ Partnerlounge, <https://wirtschaftstag.wirtschaftsrat.de/partnerlounge/>.

Tabelle 3:
Sponsoren der Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik 2020

Unternehmen	Teilnehmer:in auf Podien
50 Hertz Transmission GmbH (Netzbetreiber)	Stefan Kapferer, Vorsitzender der Geschäftsführung
PwC (Wirtschaftsprüfung)	Ulrich Störk, Sprecher der Geschäftsführung
Envia (Energieversorgung)	
Grundfos (Pumpenhersteller)	
Steag (Energieerzeugung)	
Verbund AG (Stromerzeugung)	Wolfgang Anzengruber, Vorsitzender des Vorstands sowie stellvertretender Vorsitzender der Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrats
Verband kommunaler Unternehmen	
Trimet Aluminium SE (Aluminium)	
Bundesverband Erdgas, Erdöl, Geothermie (BVEG)	
CEMEX (Zement)	
Clage (Warmwasserversorgung)	
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)	Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung
EnBW (Energieversorgung)	
Enel SPA (Stromerzeugung und Erdgas)	Francesco Starace, CEO
Energis (Digitalplattformen Energie)	
E.ON (Energieversorgung)	Karsten Wildberger, Vorstand bei E.ON sowie Vorsitzender Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrats
Energate Messenger (Fachverlag für die Energiebranche)	
Evonik (Spezialchemie und Hochleistungsmaterialien)	
HMS Bergbau AG (Handel und Vertrieb von Kohleprodukten für Unternehmen)	
Hydro (Aluminiumproduzent)	
Westenergie (Energieversorgung)	
Iberdrola (spanisches Stromerzeugungs- und -vertriebsunternehmen)	
PNE AG (Windpark-Projektierer)	
Rheinenergie (Energieversorgung)	Martin Schmitz, Vorsitzender des Vorstands
RWE (Energieversorgung)	Marc Andree Gross, Geschäftsführer bei Vaillant sowie Vorsitzender der Bundesfachkommission Energieeffizienz des Wirtschaftsrats
Vaillant (Heizen, Kühlen und Warmwasser)	
VNG AG (Gashandel)	

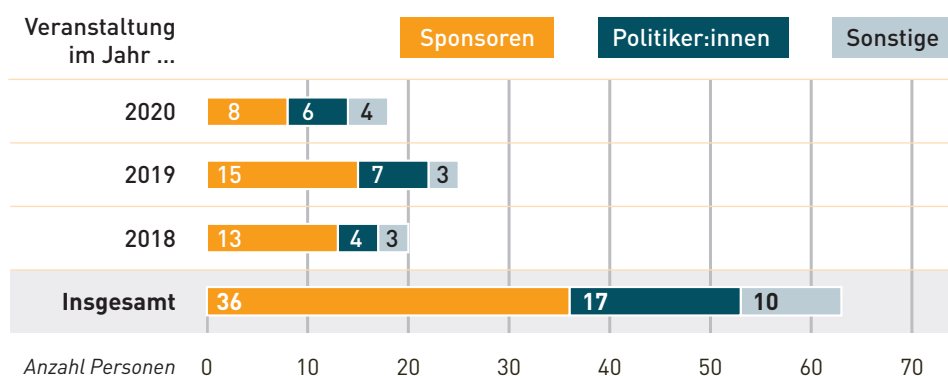
SPONSORING BEI DER KLAUSURTAGUNG ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Auch thematische Klausurtagungen werden aus den jeweiligen Branchen gesponsert: Wirecard, die Deutsche Bank und die Ratingagentur Moody's zählten zu den Sponsoren der Finanzmarkttagung 2019. Sponsoren des Gesundheitssymposiums 2019 waren unter anderem der private Klinikbetreiber Asklepios, der Verband der privaten Krankenversicherung PKV und der Pharmakonzern Bristol-Myers Squibb.

Die jährlichen Klausurtagungen Energie- und Umweltpolitik wurden jeweils vor allem aus den Branchen Energieversorgung und -erzeugung, Mineralölindustrie, Agrochemie und den energieintensiven Industrien (Chemie, Aluminium, Zement etc.) mitfinanziert (vgl. Tabelle 3). Hauptsponsoren der letzten Jahre waren u. a. RWE, E.ON und der italienische Energieversorger Enel. Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien waren lediglich durch den Windpark-Projektierer PNE AG und durch die Verbund AG (Wasserkraft) als Sponsoren vertreten. Die Solarbranche war durch kein einziges Unternehmen als Sponsor oder Podiumsgast präsent.

Ein Vergleich der Sponsoren und des Programms zeigt: Auf den energie- und umweltpolitischen Tagungen kamen über 50 Prozent der Referent:innen aus dem Kreis der Sponsoren (vgl. Tabelle 4). Zieht man in dieser Berechnung die referierenden Politiker:innen ab, liegt der Anteil der Sponsoren an den Vortragenden sogar bei 78 Prozent. Über drei Viertel aller Podiumsgäste aus dem Kreise der Unternehmen haben also die Veranstaltung auch gesponsert. Auf unsere Anfrage nach dem Sponsoring schreibt der Wirtschaftsrat, dass der Verband „Referenten, Moderatoren und Podiengäste für Veranstaltung nach inhaltlichen Kriterien“ aussuche, ein Sponsoring sei „davon unabhängig natürlich gern gesehen“. Drei Moderationen liegen üblicherweise bei den Vorsitzenden der durchführenden Fachkommissionen. Unsere direkte Nachfrage, ob der Wirtschaftsrat eine Einflussnahme auf die Gestaltung der Tagung ausschließen könnte, bejaht der Wirtschaftsrat allerdings nicht.

Tabelle 4:
Verhältnis Podiumsgäste und Sponsoren auf den energie- und umweltpolitischen Klausurtagungen²⁸



²⁸ Eigene Auswertung laut Angaben auf der Webseite des Wirtschaftsrats zu den jeweiligen Tagungen.

FACHDEBATTEN VOR WERBEFLÄCHEN

Sponsoring ist vor allem aus dem Sport bekannt – und ist dort ganz klar eine Werbemaßnahme. In der Politik hat Sponsoring in den vergangenen Jahren ebenfalls an Bedeutung gewonnen – sei es auf Parteitagungen oder auf Sommerfesten von Ministerien. Es steht dort immer wieder in der Kritik, weil Sponsorengelder nicht transparent sind und eine illegitime Beeinflussung politischer Entscheidungen befürchtet wird. Auch der Wirtschaftsrat verkauft seinen Sponsoren einen Rahmen, in dem sie ihre Positionen und politischen Forderungen präsentieren – und sich dabei der Anwesenheit und Aufmerksamkeit vieler einflussreicher Politiker:innen sicher sein können. Veranstaltungen, die Unternehmen gleichzeitig als bezahlte Werbefläche dienen, sind kein geeigneter Ort, um ausgewogene politische Diskussionen zu führen.

Darüber hinaus stellt sich auch die Transparenzfrage: Die Offenlegung der Parteienfinanzierung ist im Artikel 21 des Grundgesetzes verankert. Parteien müssen den Bürger:innen Rechenschaft über die Herkunft ihrer Finanzmittel ablegen. Das ist wichtig, damit sich beurteilen lässt, ob eine Partei sich Unabhängigkeit gegenüber ihren Geldgebern bewahrt. Der Wirtschaftsrat ist rechtlich keine Parteiorganisation, durch seine Nähe zur CDU hat er aber sehr großen Einfluss auf die Partei – bis hin zur Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstands. Deswegen ist es problematisch, dass nicht sichtbar ist, wer den Verband mit welchen Summen unterstützt.

Allerdings: Auch bei den Parteien ist Sponsoring intransparent und wird lediglich in einem anonymen Sammelposten im Rechenschaftsbericht angegeben. Das ist ein Missstand, der laut Grundgesetz gar nicht existieren dürfte und durch eine Reform des Parteiengesetzes dringend behoben werden sollte. Aber immerhin: Die CDU-interne Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) veröffentlicht in ihren Geschäftsberichten auch einen detaillierten Finanzbericht nach den Vorschriften des Parteiengesetzes und führt die eigenen Sponsoring- und Spendeneinnahmen darüber hinaus separat auf.²⁹



Die Sponsoren der Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik 2020 auf der Veranstaltungswebseite³⁰.

²⁹ „Geschäftsbericht“, in: „14. Bundesmittelstandtag. Veranstaltungsbuch.“, Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU Bundesgeschäftsstelle, 27./28.09.2019, S. 32f: <https://www.mit-bund.de/sites/mit/files/dokumente/tagungsunterlagen-gesamt-web.pdf>.

³⁰ Partnerlounge der 18. Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik 2020 des Wirtschaftsrats, <https://energieklausur.wirtschaftsrat.de/partnerlounge/>.

4.

Nähe und Netzwerke: die Arbeitsweise des Wirtschaftsrats

Ziel des Wirtschaftsrats ist es, die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik „im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards“ zu gestalten. So formuliert es der Verband auf seiner eigenen Webseite. Dazu zählt das Wettbewerbsprinzip als „Wurzel des sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegs“ sowie das „Leitbild der unternehmerischen Freiheit“. Um diese Anliegen an die Politik und die Öffentlichkeit heranzutragen, führt der Wirtschaftsrat jährlich rund 2.000 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durch und steht im „direkten Dialog“ mit Politiker:innen auf Europa-, Bundes- und Länderebene sowie in anderen gesellschaftlichen Gruppen.³¹ Eigene Positionen und Forderungen werden in Stellungnahmen, Positionen und Pressemitteilungen veröffentlicht.

Sei es auf Großveranstaltungen, in exklusiven Kamingesprächen oder durch Stellungnahmen zu Gesetzgebungsprozessen – der Wirtschaftsrat leistet Lobbyarbeit, indem er Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen zusammenführt.

Die Vernetzung zwischen Politik und Unternehmen durch verschiedene Gesprächs- und Veranstaltungsformate ist das Herzstück des Verbands. Besondere Nähe und Exklusivität entsteht, wenn der Wirtschaftsrat regelmäßig Spitzenpolitiker:innen zu Präsidiums- und Vorstandssitzungen in kleinster Runde einlädt. In sogenannten Ministergesprächen oder Kamingesprächen trifft der engste Kreis von Funktionsträger:innen des Wirtschaftsrats mit zentralen politischen Entscheidungsträger:innen zusammen. Zu den regelmäßigen Gästen in diesen exklusiven Runden zählen beispielsweise der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann und Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Thomas Bareiß oder auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Auf dem Wirtschaftstag mit seinen mehreren Tausend Teilnehmer:innen dagegen kann man sich gemeinsam stark fühlen und strahlt nach außen. Dieses Format gilt als die „Leuchtturmveranstaltung“ des Wirtschaftsrats.

Die Gäste des Wirtschaftsrats sind überwiegend Spitzenpolitiker:innen aus Bundesregierung, Ministerien, Bundestag, aus EU-Kommission und -Parlament, aber auch Regierungschefs aus anderen europäischen Ländern, Botschafter sowie andere wichtige Funktionsträger wie beispielsweise Bundesbank- oder EZB-Präsident:innen. Bis 2019

31 „Was macht der Wirtschaftsrat?“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Webseite: <https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/was-macht-der-wirtschaftsrat-de?open&ccm=000100010>.



Auf seinen zahlreichen Veranstaltungen fungiert der Wirtschaftsrat als Lobbyforum, um Unternehmen und Politiker:innen zusammenzubringen.

hatte es Tradition, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel die Haupt- und Abschlussrede auf dem Wirtschaftstag hielt. In den Jahren 2019 und 2020 trat stattdessen Vizepräsident Friedrich Merz in ähnlicher Funktion als Schlussredner auf. Weitere Gäste der vergangenen Jahre waren – zum Teil mehrmals – der österreichische Kanzler Sebastian Kurz, Unionsbundesminister:innen Peter Altmaier, Annegret Kramp-Karrenbauer, Jens Spahn und Andreas Scheuer, der CDU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus, aber auch der FDP-Vorsitzende Christian Lindner sowie SPD-Finanzminister Olaf Scholz.

Der Wirtschaftsrat mobilisiert auch seine Mitglieder für politische Arbeit. In seinem Mitgliederbereich stellte er zum Beispiel zur Reform der Erbschaftssteuer im Jahr 2016 Musteranschreiben und Musterreden für Lobbykontakte auf verschiedenen Ebenen bereit.³² In diesem Sinne führte der Verband verschiedene koordinierte Kampagnen zu bestimmten Themen durch, z. B. zum EU-USA-Handelsabkommen TTIP.

Der Wirtschaftsrat lädt nicht nur Politiker:innen zu sich ein, sondern wird umgekehrt auch von Politiker:innen eingeladen. Solche Treffen müssen Abgeordnete, Minister:innen oder Ministerialbeamte allerdings nicht veröffentlichen, deswegen gibt es darüber nur bruchstückhafte Informationen. Eine parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Marco Bülow (fraktionslos, Mitglied der PARTEI) zeigt, dass allein Wirtschaftsratspräsidentin Astrid Hamker im Jahr 2020 13 Mal mit Spitzenvertreter:innen aus Bundesministerien zusammengetroffen ist – davon zwölf Mal mit dem Wirtschaftsministerium (vgl. Tabelle 5). Thema bei allen Treffen waren die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft – entweder in dieser allgemeinen Form oder konkret mit Bezug auf Finanzierungs- und Konjunkturlösungen. Die meisten dieser Treffen waren Telefonschalten des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemiak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitikern, darunter Wirtschaftsminister Peter Altmaier sowie Staatssekretär Thomas Bareiß.

³² Das zeigt ein Video des Wirtschaftsrats aus dem Jahr 2016, das den Mitgliederbereich der Webseite erklärt: Vgl. „VIP-Lounge Erklärvideo“, Wirtschaftsrat der CDU, 13.05.2016: https://www.youtube.com/watch?v=UitLNzCCUCs&feature=emb_re_end, Min. 0:43.

Tabelle 5:

Treffen der Präsidentin des Wirtschaftsrats Astrid Hamker mit Spitzenvertreter:innen der Bundesregierung im Jahr 2020³³

Datum	Gesprächspartner:in Ministerium	Anlass/Format	Thema
17.02.2020	Staatssekretärin Maria Flachsbarth, BMZ	Nicht benannt	Sorgfaltspflichtengesetz („Lieferkettengesetz“)
27.03.2020	Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Videokonferenz mit Wirtschaftsrat	Schutzschild für den Mittelstand, Umsetzung des Corona-Maßnahmenpakets der Bundesregierung
04.04.2020	Peter Altmaier, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Corona-Virus und die wirtschaftlichen Folgen
17.04.2020	Peter Altmaier, BMWi	Videokonferenz mit Wirtschaftsverbänden	Auswirkung der Corona-Krise und Maßnahmen
18.04.2020	Peter Altmaier, BMWi Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Corona-Virus und die wirtschaftlichen Folgen
24.04.2020	Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Videokonferenz mit Wirtschaftsrat	Finanzierungsunterstützung für die mittelständische Wirtschaft
25.04.2020	Peter Altmaier, BMWi Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Corona-Virus und die wirtschaftlichen Folgen
09.05.2020	Peter Altmaier, BMWi Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Corona-Virus und die wirtschaftlichen Folgen
16.05.2020	Peter Altmaier, BMWi Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Corona-Virus und die wirtschaftlichen Folgen
10.06.2020	Peter Altmaier, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Konjunkturpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen
11.06.2020	Peter Altmaier, BMWi	Videokonferenz mit Wirtschaftsverbänden	Auswirkungen der Corona-Krise und Maßnahmen hierzu
22.10.2020	Peter Altmaier, BMWi Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Videokonferenz mit Wirtschaftsverbänden	Auswirkung der Corona-Krise und Maßnahmen
31.10.2020	Peter Altmaier, BMWi Parl. Staatssekretär Thomas Bareiß, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz
14.11.2020	Peter Altmaier, BMWi	Telefonschalte des CDU-Generalsekretärs Paul Ziemak mit ca. 20 führenden CDU-Wirtschaftspolitiker:innen	Überbrückungshilfen

33 Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Anfrage von Marco Bülow, MdB (fraktionslos, Mitglied der PARTEI) vom 09.02.2021.

Tabelle 6:

Die Bundesfachkommissionen³⁴

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorsitzender des Vorstands
Bau, Immobilien, Smart Cities	Michael Zahn	Deutsche Wohnen AG, CEO
Beirat Industriepolitik	Martin Daum	Daimler Trucks & Busse, Mitglied des Vorstands
Beirat Next Generation	Friedericke Hagenbeck	Tierpark Hagenbeck, Geschäftsführerin
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant Group, Geschäftsführer
Energiepolitik	Karsten Wildberger	E.ON, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Raettig	Morgan Stanley Bank AG, Aufsichtsratsvorsitzender
Familienunternehmen und Mittelstand	Rolf Schnellecke	Schnellecke Group AG & Co. KG, Aufsichtsratsvorsitzender
Gesundheitswirtschaft	Birgit König	Allianz Private Krankenversicherungs-AG, Geschäftsführerin
Handel, Ernährung, Verbraucherschutz	Gerd Chrzanowski	Schwarz Zentrale Dienste KG (u. a. Lidl), Vorsitzender des Vorstands
Handel Non Food	Alexander von Preen	INTERSPORT Deutschland, Vorsitzender des Vorstands
Innovationsforum	Ulrich Störk	PricewaterhouseCoopers, Sprecher der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	MTU Aero Services, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP, Chief Information Officer
Junge Generation	Thomas Lang	INTARGIA Managementberatung GmbH, Partner
Künstliche Intelligenz und wWertschöpfung 4.0	Hans Georg Krabbe	ABB, Vorsitzender des Vorstands
Steuern	Frank W. Grube	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA (Erdöl-Raffinerien, Spezialchemie, Kunststoffe), Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rhenus SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Wirtschaftsweiser und Leiter des Walter Eucken Instituts

Fettung: Diese Fachkommissionen sind für das Thema Klimaschutz besonders relevant, siehe Seite 25.

34 Quelle: Webseite bzw. Jahresbericht 2019, [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/\\$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf).

FACHARBEIT IN FACHKOMMISSIONEN

Der Austausch zu bestimmten Themenfeldern findet in Fachkommissionen statt (vgl. Tabelle 6). Diese tagen unter sich und laden auch zu großen Fachkonferenzen ein. In diesen Runden werden Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente beraten. Die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen fließen frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess ein.

Das Thema Klima wird vor allem über die Fachkommissionen Energiepolitik, Umwelt- und Klimapolitik und Energieeffizienz abgedeckt. Die Fachkommission Energiepolitik wurde lange Zeit von Johannes Lambertz geleitet, dem früheren Vorstandsvorsitzenden der RWE-Braunkohlesparte RWE Power AG. Die Kommission sperrte sich lange gegen einen schnellen Kohleausstieg, machte Stimmung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und forderte weitreichende Ausnahmen von der EEG-Umlage. Heute leitet der E.ON-Vorstand Karsten Wildberger die Fachkommission.

Die Bundesfachkommission Umwelt- und Klimapolitik wurde bis einschließlich 2018 von dem damaligen Bayer-Manager Wolfgang Große Entrup geleitet. Heute steht der Kommission Detlev Woesten vom Raffinerie- und Spezialchemieunternehmen H&R vor. Die Fachkommission Umwelt und Klima mischt sich u. a. in die Diskussion um eine CO₂-Bepreisung ein und setzt auf marktwirtschaftliche Modelle wie den europäischen Emissionshandel.

Es fällt auf, dass es zum Thema Energieeffizienz eine eigene Fachkommission außerhalb der Kommission Energiepolitik gibt. Diese Fachkommission propagiert vor allem die Energieeffizienz im Wärmemarkt, z. B. durch energetische Gebäudesanierung. Das entspricht den wirtschaftlichen Interessen des Kommissionsvorsitzenden Marc Andree Groos, Geschäftsführer des Heizungsherstellers Vaillant.

Jahrelanger Leiter der Fachkommission Energiepolitik war der Braunkohlemanager Johannes Lamberts, früherer Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG. Die Fachkommission lobbyierte gegen einen schnellen Kohleausstieg.

SYMBIOTISCHE VERBINDUNGEN: DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN WIRTSCHAFTSRAT UND CDU

Die Verbindungen zwischen Wirtschaftsrat und Partei sind äußerst eng. Die auffälligste Verbindung: Die Präsidentin Astrid Hamker sitzt qua Amt als beratendes Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Damit ist sie aufs Engste an die Diskussionen und Beschlüsse der Partei angebunden – und zwar in privilegierter Rolle. Denn laut Parteistatut ist ein Platz im Bundesvorstand Partei-Funktionsträger:innen einschließlich der Vorsitzenden der Parteivereinigungen und Sonderorganisationen vorbehalten.³⁵ Als

³⁵ Zu den Parteivereinigungen zählen die Mittelstands- und Wirtschaftsunion, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, die Kommunalpolitische Vereinigung, die Frauen Union, die Junge Union, die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung sowie die Senioren-Union. Zu den Sonderorganisationen gehören derzeit der Evangelische Arbeitskreis und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Diese unterliegen laut Parteistatut innerhalb der Partei besonderen Rechten und Pflichten.

beratendes Mitglied hat Hamker kein Stimmrecht, kann aber durch ihre Diskussionsbeiträge die Entscheidungsfindung beeinflussen.

Zusätzliche Nähe entsteht durch die Anwesenheit hochrangiger CDU-Politiker:innen auf Gremiensitzungen und anderen Veranstaltungen des Wirtschaftsrats. Kanzlerin, Minister:innen und Spitzenpolitiker:innen aus Bundestag, Landes- und Europapolitik sind regelmäßige Gäste auf der alljährlichen Großveranstaltung Wirtschaftstag, aber auch auf kleineren Veranstaltungen vor Ort sowie kleineren Runden mit Funktionsträger:innen des Verbands.

Besonders eng sind die Kontakte zum **Wirtschaftsflügel der CDU** – also zum Parlamentskreis Mittelstand der Unionsbundestagsfraktion und zur Parteivereinigung Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT, bis 2019: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung) der Partei. Zuweilen wird auch der Wirtschaftsrat selbst zum Wirtschaftsflügel der CDU gezählt.

Der Parlamentskreis Mittelstand ist die größte Parlamentariergruppe innerhalb der Unionsfraktion und hat gegenüber der Arbeitnehmergruppe deutlich an Einfluss gewonnen.

Der **Parlamentskreis Mittelstand (PKM)** ist über seinen mittelstandspolitischen Sprecher und Vorsitzenden, Christian Freiherr von Stetten, im Präsidium des Wirtschaftsrats vertreten. Der PKM ist mit 164 von 246 Abgeordneten die größte Parlamentariergruppe innerhalb der Unionsfraktion.³⁶ Sie gilt zudem als eine der mächtigsten, die in den vergangenen Jahrzehnten gegenüber früheren einflussreichen Gruppen, wie der Gruppe der Vertriebenen und insbesondere auch der Arbeitnehmergruppe, deutlich an Macht gewonnen hat. Die Arbeitnehmergruppe ist mit derzeit 81 Fraktionsmitgliedern noch nicht einmal halb so groß wie der parlamentarische Wirtschaftsflügel. Über einen Förderverein lässt sich auch der Parlamentskreis Mittelstand

sponsorn – so zum Beispiel sein jährliches Sommerfest. Sponsoren sind dabei keinesfalls nur mittelständische Unternehmen, sondern auch große Branchenverbände oder Konzerne wie Daimler oder Lufthansa.³⁷

Die **Mittelstands- und Wirtschaftsunion** ist ein parteiinternes Gremium und gilt laut Parteistatut als Parteivereinigung.³⁸ Die MIT zählt etwa 30.000 Mitglieder und ist damit deutlich größer als der Wirtschaftsrat. Trotz ihres nur geringen prozentualen Anteils an der Gesamtmitgliedschaft (ca. 5 %) wird ihr ein deutlich höherer programmatischer und auch personalpolitischer Einfluss innerhalb der Partei nachgesagt.³⁹ Ihr parteiinterner „Gegenspieler“ auf Ebene der Parteivereinigungen ist die Christlich-

36 Vgl. „Die 164 wollen der Regierung die sozialen Wohltaten austreiben“, Dorothea Siems, Die Welt, 15.08.2018: <https://www.welt.de/wirtschaft/article181004538/CDU-Gruppierungen-Nun-muckt-auch-noch-der-Wirtschaftsfluegel-auf.html>.

37 Vgl. „Sponsoren“, PKM-Sommerfest im Kronprinzenpalais Berlin, Webseite: <https://www.pkm-sommerfest.de/sponsoren/>.

38 Die MIT hat ihren Ursprung in den Mittelstandsausschüssen von CDU und CSU und gründete sich im Jahr 1954 als parteiinterne Vereinigung zunächst unter dem Namen Mittelstandsvereinigung der Union, später fusionierte die Mittelstandsvereinigung mit der Wirtschaftsvereinigung, die sich aus dem Wirtschaftsrat ausgegründet hatte.

39 Vgl. „Sonderorganisationen der Parteien“, Norbert Lepszy, 2013: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202104/sonderorganisationen-der-parteien>.

Wirtschaftsnahe Gruppen innerhalb der CDU und in deren Umfeld



Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), die auch unter der Bezeichnung „Sozialausschüsse“ bekannt ist.⁴⁰ Ähnlich wie die Fraktionsgruppe der Arbeitnehmer hat auch die CDA innerhalb der Partei deutlich an Einfluss verloren. Und ähnlich wie der Wirtschaftsrat ergänzt auch die MIT die Beiträge ihrer Mitglieder durch Sponsorenzahlungen für Veranstaltungen.⁴¹

Die personellen Verbindungen zwischen MIT und Wirtschaftsrat sind eng: Carsten Linnemann, der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) hat zwar keine offizielle Funktion im Wirtschaftsrat, ist aber als regelmäßiger Referent in das Netzwerk des Vereins eingebunden. Wirtschaftsratsvizepräsident Friedrich Merz wiederum ist ständiger Gast im Bundesvorstand der MIT und beliebter Redner auf MIT-Veranstaltungen. Die MIT stellte sich außerdem klar hinter Wirtschaftsratsvize Friedrich Merz, als er seine Kandidatur für den Parteivorsitz ankündigte.⁴² Entsprechend enttäuscht äußerte sich die MIT Baden-Württemberg nach seinem Scheitern und mahnte eine wichtige Rolle ihres Favoriten in der Partei trotz der Niederlage an.⁴³

Zentraler Unterschied zwischen MIT und Wirtschaftsrat ist ihr rechtlicher Status. Als parteiinterne Vereinigung ist die MIT laut Parteistatut beratendes Mitglied im Bundesvorstand und unterliegt als Parteiorganisation den Rechenschaftspflichten des Parteiengesetzes. Konkret bedeutet das, dass die MIT u. a. ihre Einnahmen und Ausgaben offenlegen muss. Entsprechend ihrer Verankerung in der Partei sind deutlich mehr Bundestagsabgeordnete Mitglied in der MIT und übernehmen auch Funktionen wie die Leitung von thematischen Kommissionen.⁴⁴

⁴⁰ Die christlich geprägten Sozialausschüsse waren in der Gründungsphase der Partei noch sehr einflussreich, sie stellten traditionell in unionsgeführten Regierungen zumindest die Sozial- oder Arbeitsminister:innen. Diese Tradition wurde aber mit der Ernennung von Ursula von der Leyen zur Bundesarbeitsministerin gebrochen, da diese nur einfaches Mitglied in der CDA war, dort aber nicht weiter verankert.

⁴¹ Vgl. „Sponsoring Bundesmittelstandstag“, Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Webseite: <https://www.mit-bund.de/sponsoring>.

⁴² Vgl. „Mittelstandsunion nominiert Friedrich Merz für Parteivorsitz“, Katharina Schuler, Die Zeit, 02.03.2020: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-03/cdu-wirtschaftsfluegel-mittelstandsunion-friedrich-merz-parteiivorsitz>.

⁴³ „Wahl des Parteivorsitzenden“, Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, Pressemitteilung 05/2021, 18.01.2021: <https://www.mit-bw.de/pressemitteilung-wahl-des-parteivorsitzenden/>.

⁴⁴ Zudem ist die MIT eine gemeinsame Organisation von CDU und CSU, wobei der bayerische Landesverband nur den Namen Mittelstandsunion trägt.

5.

Türöffner zur CDU: Wer pflegt die Nähe zum Wirtschaftsrat?

Einige Politiker aus dem Umfeld des Wirtschaftsrats und Wirtschaftsflügels der Union sind mit Blick auf die Klimapolitik besonders prägend. Friedrich Merz hat zwar kein eigenes ausgeprägtes klimapolitisches Profil – sticht aber durch seine Prominenz in der Partei und seine hervorgehobene Rolle als Vizepräsident des Verbands besonders hervor. Der Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer und der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Bareiß vertreten dagegen klar die energie- und klimapolitischen Positionen in der Partei.

Gemeinsam haben diese Politiker, dass sie jenen Teil der deutschen Wirtschaft vertreten, der vor allem durch Klientelpolitik und Besitzstandswahrung in der Klimapolitik auffällt. Die drei tragen dazu bei, die Öffnung der Union in Richtung einer zukunfts-gewandten Klimapolitik zu verzögern.

Merz gilt auch als der „Popstar“ des Wirtschaftsrats. Er ist dem Verband schon lange verbunden und wurde 2019 zum Vizepräsidenten gewählt – unmittelbar nach seiner ersten Niederlage bei der Wahl zum Parteivorsitzenden.

ZWISCHEN POLITIK, WIRTSCHAFT UND LOBBYISMUS: FRIEDRICH MERZ

Friedrich Merz ist einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im Wirtschaftsrat. Merz hat eine lange Karriere als Politiker und Lobbyist hinter sich und ist in zahlreichen wirtschaftsnahen, neoliberalen Vereinen und Think Tanks vernetzt.⁴⁵ Zudem ist er ein zentraler Vertreter des Wirtschaftsflügels der Union.

Im Wirtschaftsrat ist Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats. Bereits im Jahr 2011 betitelte das Handelsblatt Merz als den „Popstar“ des Wirtschaftsrats. An diesem Status hat sich bis heute nichts geändert. Dies verdeutlichen seine zahlreichen Auftritte

⁴⁵ Vgl. „Die vielen Geschäfte des Friedrich Merz“, René Bender, Sönke Iwersen, Andreas Kröner, Robert Landgraf, Volker Votsmeier, Handelsblatt, 01.11.2018: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/der-cdu-kandidat-und-die-wirtschaft-die-vielen-geschaefte-des-friedrich-merz/23253952.html>.

auf Veranstaltungen des Wirtschaftsrats. Merz ist beispielsweise regelmäßiger Redner auf dem alljährlichen Wirtschaftstag.

Merz nimmt ebenso an den lokalen Treffen der Landesverbände und einzelnen Sektionen teil: so zum Beispiel beim Weimarer Wirtschaftsgespräch oder beim Wirtschaftstag Nordrhein-Westfalen oder als Teilnehmer der internen Finanzmarktklausur. Merz nutzte seine Auftritte auch für den parteiinternen Wahlkampf um den Parteivorsitz. Im Oktober 2020 forderte er beim hessischen Jahresempfang „ein entschiedenes Votum“ in der Wahl des Parteivorsitzenden. Er traf auf ein ihm wohlgesinntes Publikum von Unternehmer:innen und CDU-Mitgliedern, das ihm mit stehenden Ovationen applaudierte.⁴⁶ Vor der Wahl des Parteivorsitzenden machte der Wirtschaftsrat auf seinem Twitter-Kanal noch mal ordentlich Wirbel für seinen Kandidaten.

Seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrats nutzte Merz für den parteiinternen Wahlkampf und ließ sich mit stehenden Ovationen von den anwesenden Unternehmer:innen bejubeln.

Die Symbiose zwischen dem Wirtschaftsrat und Merz nützt beiden Seiten: Der Politiker Merz profitiert von den Strukturen und dem Rückhalt des Verbands, während der Wirtschaftsrat mit Merz eine einflussreiche Stimme in der Öffentlichkeit besitzt.⁴⁷ Mit Merz bewarb sich erstmals ein Top-Lobbyist auf das Amt des Parteivorsitzenden der größten Regierungspartei – ein Posten, der ihn bis zur Kanzlerschaft hätte führen können. Nach seiner Wahlniederlage beansprucht Merz weiterhin eine wichtige politische Rolle für sich. Das zeigte sein Griff nach dem Wirtschaftsministerium unmittelbar nach seiner Wahlniederlage.

MERZ' KLIMAPOLITISCHE POSITIONEN

Friedrich Merz hat sich vor allem als Finanzpolitiker einen Namen gemacht – etwa durch seine steuerpolitischen Positionen. Doch gerade im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte er sich zu diversen gesellschaftspolitischen Themen – und konnte dabei auch das Thema Umwelt und Klima nicht umgehen. Es fällt allerdings auf, dass er sich zu dem Thema fast ausschließlich negativ äußert; Merz warnt lautstark vor aus seiner Sicht einseitiger wie falscher Klimapolitik und brandmarkt progressive Klimaschutzmaßnahmen. Zudem tritt er als scharfer Kritiker der öffentlichen Proteste für mehr Klimaschutz hervor.

Merz war schon im Jahr 2010 einer der Erstunterzeichner des Energiepolitischen Appells. Diese Lobbyinitiative der deutschen Energiekonzerne für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wurde von mehreren Personen aus dem Wirtschaftsrat

⁴⁶ Vgl. „Merz warnt vor „Filmriss“ und bekräftigt Führungsanspruch“, Julian Staib, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2020: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auftritt-nach-cdu-schelte-merz-zeigt-sich-kaempferisch-17023231.html>.

⁴⁷ Nach Informationen seines Pressesprechers bekommt Merz für seinen Tätigkeiten im Wirtschaftsrat keine Vergütungen oder Aufwandsentschädigungen.

prominent unterstützt.⁴⁸ In seinen heutigen politischen Reden und Äußerungen fällt er immer wieder durch undifferenzierte und markige Äußerungen auf, wie sie sich auch in den Pressemitteilungen des Wirtschaftsrats finden lassen. So kritisiert er die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen,⁴⁹ bezeichnet Greta Thunberg als „krank“⁵⁰ und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerzene“.

Merz warnt vor einer Zerstörung der „freiheitlichen Lebensweise“ und „marktwirtschaftlichen Ordnung“ durch mehr Klimaschutz.⁵¹ Dieser lasse sich nur international umsetzen und müsse allein auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhen. Er warnt vor „Verboten, Bevormundungen und staatlichen Vorgaben“ und einem frühzeitigen Ende von Verbrennungsmotoren.⁵² Eigenständige Klimapolitik scheint Merz dagegen nicht entwickeln zu wollen – in seinem Bewerbungsvideo für den Parteivorsitz 2020 erwähnt er das Thema noch nicht einmal.⁵³

Tabelle 7:

Merz' Mitgliedschaften in marktliberalen Think Tanks und Netzwerken

Ludwig-Erhard-Stiftung (neoliberaler Think Tank)	Mitglied
Trilaterale Kommission (politikberatende Denkfabrik, Europa/Nordamerika/Asien-Pazifik)	Mitglied
Atlantikbrücke (transatlantisches Elitenetzwerk)	Mitglied
United Europe (proeuropäischer Think Tank)	Gründungs- und Vorstandsmitglied
Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (politiknaher Think Tank und Lobbyforum)	Mitglied, <i>ehemaliger Vorsitzender</i>
<i>Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Arbeitgeberfinanzierte, neoliberale PR-Organisation)</i>	<i>Mitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins</i>
<i>Stiftung Marktwirtschaft (neoliberaler Think Tank)</i>	<i>Mitglied des Beirats der Kommission Steuergesetzbuch (2004–2006)</i>

Quelle: eigene Recherche, *kursiv*: frühere Funktionen, Stand 1/2021

48 Vgl. „40 Manager greifen Röttgens Politik an“, Henrike Rossbach, Brigitte Koch und Carsten Knopp, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.08.2010: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiepolitischer-appell-40-manager-greifen-roettgens-politik-an-1643264.html>.

49 „Hört auch mal zu zwischendurch“, Der Spiegel, 06.11.2020: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-kritisiert-greta-thunberg-und-co-klimaaktivisten-fehle-kompromissbereitschaft-a-4cce66c7-2de1-4a27-9c12-1a145f4f14c4>.

50 „Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“, Handelsblatt, 25.09.2019: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimadebatte-ex-unionsfraktionschef-merz-kritisiert-merkels-klimapolitik-und-greta-thunberg/25053778.html?ticket=ST-645135-52Dx6Rc1WQvk2q4RAMZJ-ap6>.

51 „Wenn Klimaschutz zur Systemkritik wird“, Friedrich Merz, Die Welt, 22.09.2019: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus200689316/Friedrich-Merz-Wenn-Klimaschutz-zur-Systemkritik-wird.html>.

52 „Friedrich Merz greift die Grünen an“, Sächsische Zeitung, 04.06.2019: <https://www.saechsische.de/friedrich-merz-greift-die-gruenen-an-5079288.html>.

53 Vgl. „#CDUVorsitz: Kandidat Friedrich Merz“, Christlich Demokratische Union Deutschlands, Webseite: <https://www.cdu.de/kandidat-friedrich-merz>.

DIE WECHSELHAFTE KARRIERE VON FRIEDRICH MERZ

Der Rechtsanwalt Friedrich Merz begann seine politische Karriere zunächst als Abgeordneter im Europaparlament, bis er im Jahr 1994 in den Bundestag gewählt wurde und dort schließlich zum Fraktionsvorsitzenden der Union aufstieg. Schon früh fiel auf, dass Merz sein Mandat mit wirtschaftlichen Aufgaben verquickte und daraus persönliche Vorteile zog: Der Bundestagsabgeordnete Merz saß 2006 in acht Aufsichts- und Verwaltungsräten. Seine damaligen Nebeneinkünfte wurden auf 250.000 € im Jahr geschätzt.⁵⁴ Um seine Nebeneinkünfte nicht offenlegen zu müssen, zog Merz mit einer Handvoll weiteren Abgeordneten damals sogar vor das Bundesverfassungsgericht – allerdings ohne Erfolg.⁵⁵

Schon als Bundestagsabgeordneter gab er sich betont markoliberal und wurde etwa durch seine steuerpolitischen Positionen als Widersacher innerhalb der Partei bekannt. Im Jahr 2007 kündigte er nach parteiinternen Differenzen um Führungsstil und Parteilinie seinen Rückzug aus der Politik an.

Seinem Ausscheiden aus dem Bundestag folgten zahlreiche Funktionen in der Wirtschaft: von Aufsichtsratsposten bei der Commerzbank oder der Deutschen Börse AG bis hin zu lukrativen Anwaltstätigkeiten für große Wirtschaftskanzleien wie Mayer Brown, für die er bis heute tätig ist. Insbesondere seine Jobs in der Finanzwirtschaft stießen mehrfach auf Kritik: So war Merz bis April 2019 Aufsichtsrat in der deutschen Abteilung der Bank HSBC, gegen die staatsanwaltschaftliche Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Steuerskandal aufgenommen wurden.⁵⁶ Außerdem bot ausgerechnet Merz' Kanzlei Mayer Brown Beratungen für Mandanten an, die in den Cum-Ex-Skandal involviert waren. Mehrere Kritiker warfen ihm hier Interessenkonflikte vor.⁵⁷

Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist bei BlackRock

Seine auffälligste berufliche Station trat Merz im Jahr 2016 an: als Aufsichtsratsvorsitzender des deutschen Ablegers des Finanzkonzerns BlackRock. Der Konzern sprach ihm dabei explizit eine Beraterrolle zu, die auch Lobbyarbeit umfasste.⁵⁸ Als weltgrößter Vermögensverwalter ist BlackRock an rund 17.000 Unternehmen beteiligt und verwaltet ein Vermögen von 8,68 Billionen US-Dollar; das ist mehr als doppelt so viel

54 Vgl. „Der Lautsprecher der CDU“, Stefan Reinecke, Die Tageszeitung, 03.12.2018: <https://taz.de/CDU-Kandidat-Friedrich-Merz/!5553150/>.

55 Vgl. „Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter“, Sonja Pohlmann, Der Spiegel, 11.10.2006: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nebenjobs-abgeordnete-klagen-gegen-transparente-politiker-gehaelter-a-441894.html>.

56 Vgl. „Friedrich Merz verteidigt seine Arbeit in der Finanzbranche“, Die Zeit, 02.11.2018: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-11/cdu-partei-vorsitz-friedrich-merz-cum-ex-hsbc>.

57 Vgl. „Merz bestreitet Interessenkonflikte“, Klaus Ott und Jan Willmroth, Süddeutsche Zeitung, 01.11.2018: <https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-kandidat-merz-bestreitet-interessenkonflikte-1.4193206>.

58 Vgl. „Blackrock, die unbekannte Finanzmacht“, Benedikt Müller und Jan Willmroth, Süddeutsche Zeitung, 31.10.2018: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/blackrock-friedrich-merz-1.4191123>.

wie das deutsche Bruttoinlandsprodukt.⁵⁹ Mit diesem Geld geht eine immense ökonomische wie politische Macht einher, „die kein Staat mehr kontrollieren kann“, so der FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Theurer.⁶⁰

Die Klimabilanz des Konzerns ist ebenfalls problematisch. Ob Erdöl, Gas oder Kohle – BlackRock pumpt weltweit Milliarden US-Dollar in die Förderung klimaschädlicher Energien.⁶¹ Der Konzern ist der größte Investor in Unternehmen, die neue Kohlekraftwerke bauen⁶², und ist mit je rund zehn Prozent an den Mineralölgiganten Exxon, Shell, BP, Chevron und Total beteiligt.⁶³ An den drei größten CO₂-Emittenten Deutschlands (2018) – RWE, HeidelbergCement und E.ON – hält BlackRock Aktien und Anleihen im Wert von rund 8 Milliarden Euro.

Seine starken Verflechtungen in die Wirtschaft machten Merz in der Tat zu einem „Kandidaten der Finanzindustrie“⁶⁴, wie ihn der frühere Grünen-Politiker Gerhard Schick während seiner ersten Kandidatur für den Parteivorsitz 2018 bezeichnete. In dieses Bild fügen sich die zahlreichen Funktionen in neoliberalen Think Tanks und Initiativen ein, die Merz in den vergangenen Jahren innehatte. Noch heute ist er Mitglied der Trilateralen Kommission und der Atlantikbrücke (siehe Tabelle 7). Aus dem Unternehmen BlackRock zog sich Merz im Frühjahr 2020 zurück und ist ihm seitdem nicht mehr beruflich verbunden.

59 Michael Mackenzie: „BlackRock assets surge to record \$8.68tn“, Michael Mackenzie, Financial Times, 14. Januar 2021, <https://www.ft.com/content/53b35fee-a8c3-4a18-85ef-d7f2527d0ba0>

60 „Ein Geldkonzern auf dem Weg zur globalen Vorherrschaft“, Harald Schumann und Elisa Simantke, Der Tagesspiegel, 08.05.2018: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/blackrock-ein-geldkonzern-auf-dem-weg-zur-globalen-vorherrschaft/21246966.html>.

61 Vgl. „Plötzlich alles grün?“, Lutz Polanz und Jochen Taßler, Tagesschau, 03.12.2020: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/friedrich-merz-black-rock-nachhaltigkeit-101.html>.

62 Vgl. „BlackRocks neue Policy betrifft weniger als 20% der Kohle-Industrie“, Jacey Bingler, Pressemitteilung urgeward, 27.01.2020: <https://urgeward.org/medien/blackrocks-neue-policy-betrifft-weniger-20-kohle-industrie>.

63 Vgl. „Fossiler Lackmus-Test bei BlackRock“, Facing Finance, 03.12.2020: <https://www.facing-finance.org/de/2020/12/fossiler-lackmus-test-bei-blackrock/>.

64 „Erwartbare Forderungen der Wirtschaft kontern“, Christopher Schrader, 02.04.2020: <https://www.riffreporter.de/klimasocial/schrader-schwung-stillstand-6-wirtschaft-forderungen-kontern/>.

Der Wirtschaftsrat pflegt enge Beziehungen zu Wirtschaftspolitikern der CDU: Dazu zählt ihr eigener Vizepräsident Friedrich Merz, aber auch der parlamentarische Staatssekretär Thomas Bareiß und der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion Joachim Pfeiffer.

DAS „BERMUDADREIECK DER ENERGIEWENDE“

Neben Merz spielt auch das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ eine wichtige Rolle im Wirtschaftsrat. Damit gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer, Thomas Bareiß und Carsten Linnemann. Der Begriff kursiert laut der Buchautorinnen Susanne Götze und Annika Joeres im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende aufgefallen sind, die – so Götze und Joeres – „jeden (klimapolitischen) Fortschritt schlucken“.⁶⁵ Vor allem Bareiß und Pfeiffer sind eng mit dem Wirtschaftsrat verbunden. Aber auch Carsten Linnemann ist häufiger Gast beim Wirtschaftsrat – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Als Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist er eine wichtige Schnittstelle zum Wirtschaftsflügel der Union.⁶⁶

Joachim Pfeiffer: Berater und Energiepolitiker mit Lobbynähe

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer ist dem Wirtschaftsrat direkt verbunden: Er ist Vorstandsmitglied im baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats. Im Bundestag ist er der wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaft und Energie. In dieser Funktion ist Pfeiffer ein gern gesehener Gast des Wirtschaftsrats – so zum Beispiel als Redner im April 2020 über die Maßnahmen der Bundesregierung in der Corona-Pandemie⁶⁷ oder beim Landesverband Baden-Württemberg zu einem Austausch „über die aktuellsten [...] Vorhaben aus dem politischen Berlin“.⁶⁸



Foto: Sven Teschke, licensed under CC BY-SA 3.0

Joachim Pfeiffer, Bundestagsabgeordneter mit zahlreichen Nebentätigkeiten und engen Verbindungen zum Wirtschaftsrat.

Neben seinem Bundestagsmandat hat Pfeiffer eine Vielzahl an Nebentätigkeiten – vor allem in der Energie-, aber auch in der Verkehrs- und Immobilienbranche. Zu all diesen Themen äußert er sich auch in seiner politischen Tätigkeit – die Gefahr von Interessenkonflikten ist damit hoch. So ist er zum Beispiel Mitglied im Kuratorium der Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg, der Unternehmensstiftung des Energiekonzerns EnBW. Pfeiffer unterhält außerdem zwei eigene Beratungsfirmen und publiziert gemeinsam mit dem Gaslobbyisten und früheren CDU-Politiker Friedbert Pflüger.⁶⁹ Seit

65 „Die Klimaschutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen“, Susanne Götze und Annika Joeres, 2020, S. 182ff.

66 Da Linnemann kein ausgemachter Energie- und Umweltpolitiker ist, steht er hier nicht im Fokus. Als zentrale Figur des CDU-Wirtschaftsflügels ist er dennoch eine wichtige Schnittstelle zur Partei. Für Aufsehen sorgte der Wechsel seiner früheren Büroleiterin Stephanie von Ahlefeldt auf die Position der Abteilungsleiterin im Bundeswirtschaftsministerium mit der Zuständigkeit für die Energiewende. Laut der Autorinnen Götze und Joeres ist sie „erklärte Gegnerin der Energiewende“. Sie war unter anderem dafür verantwortlich, den Ausbau der Wind- und Solarenergie in Deutschland auszubremsen. Quellen: „Signal an den Mittelstand: Altmaier tauscht Personal im Wirtschaftsministerium“, Handelsblatt, 29.07.2019, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/annaeherung-an-unternehmer-signal-an-den-mittelstand-altmaier-tauscht-personal-im-wirtschaftsministerium/24848432.html?ticket=ST-3794743-rJhQus9sIVzxDqGBmntb-ap1> und Götze/Joeres 2020, S. 183f.

67 Vgl. „Dr. Joachim Pfeiffer MdB diskutiert mit Wirtschaftsrat-Mitgliedern über die Auswirkungen der Coronakrise auf Wirtschafts- und Energiepolitik“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Audio, 14.04.2020: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/audio--dr-joachim-pfeiffer-mdb-diskutiert-mit-wirtschaftsrat-mitglieder-ueber-die-auswirkungen-der>.

68 „Wirtschaftlicher Ausblick und Bericht aus Berlin mit Dr. Joachim Pfeiffer MdB“, Dr. Joachim Pfeiffer, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 28.04.2020: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftlicher-ausblick-und-bericht-aus-berlin-mit-dr-joachim-pfeiffer-mdb-de>.

69 Vgl. „Wasserstoff-Strategie: technologieoffen statt ideologisch“, Dr. Joachim Pfeiffer, Der Tagesspiegel Background, 20.04.2020: <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/wasserstoff-strategie-technologieoffen-statt-ideologisch>.

Anfang 2020 sitzt Pfeiffer im Beirat des kanadischen Gas- und Erdölunternehmens Hydroma.⁷⁰

Pfeiffer äußerte sich wiederholt kritisch über die finanziellen Auswirkungen der Förderung erneuerbarer Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Als während des Bundestagswahlkampfes 2013 das EEG von Wirtschaftsrat und anderen Wirtschaftsverbänden unter Beschuss genommen wurde, griff Pfeiffer dies auf. Mit den Worten, die Kosten seien „aus dem Ruder gelaufen“ und die Bezuschussung könne „kein Dauerzustand“ sein, forderte er das Ende der Ökostromförderung.⁷¹ Im Bundestagswahlkampf 2017 setzte sich Pfeiffer gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Thomas Bareiß dafür ein, dass sich die Union klar für die Abschaffung des EEG einsetzen sollte. Pfeiffers Begründung: Die „ausufernde Förderung“ gefährde die Energiewende.⁷²

Auch an markigen Worten zum Klimaschutz mangelt es Pfeiffer nicht. Die Debatte um Klimaschutz in Deutschland sei laut Pfeiffer „alarmistisch“ und „nur noch schwer er-

träglich“, zudem sei „der vermeintliche Klimaschutz“ für viele Bürger „zu einer Art Ersatzreligion geworden.“⁷³ Während der Corona-Krise setzte sich Pfeiffer zusammen mit seinem Fraktionskollegen und dem MIT-Vorsitzenden Carsten Linnemann für ein Belastungsmoratorium ein. Kern des Vorschlags sei – so Linnemann und Pfeiffer in einer gemeinsamen Pressemitteilung: „Zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft und insbesondere die wichtigen mittelständischen Unternehmen [...] um jeden Preis zu vermeiden.“⁷⁴ Auch dieser Vorstoß ähnelt den Angriffen des Wirtschaftsrats auf Klimaschutzmaßnahmen während der Corona-Krise.



Foto: tibu/stock.com

Der Wirtschaftsrat und seine Unterstützer in der CDU: Ausbremsen und Verzögern der Energiewende im Interesse der fossilen Wirtschaft.

⁷⁰ Vgl. „Ein Schwabe für Mali“, Jürgen Lessat, Kontext: Wochenzeitung, 05.08.2020: <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/488/ein-schwabe-fuer-mali-6921.html>.

⁷¹ „Subventionierung muss beendet werden“, Roland Pichler, Stuttgarter Zeitung, 20.01.2014: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.inter-view-mit-cdu-wirtschaftsexperte-subventionierung-muss-beendet-werden.e61132d4-741d-465a-8332-488feac48523.html>.

⁷² Vgl. „CDU erwägt Stopp der Ökostromförderung“, Stefan Schultz, Der Spiegel, 29.11.2016: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/energiewende-union-diskutiert-ende-der-oekostromfoerderung-bis-2021-a-1123512.html>.

⁷³ „Schlechte Verlierer – so reagiert die CDU auf das Wahldebakel“, Max Bierdeck, Watson.de, 27.05.2019: <https://www.watson.ch/international/deutschland/818206226-cdu-diese-5-aussagen-machen-die-katastrophe-noch-schlimmer-und:„Die Antworten von CDU und SPD müssen anders ausfallen als die der Grünen“>, Harald Christ, Handelsblatt, 30.05.2019: <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/expertenrat/christ/expertenrat-harald-christ-die-antworten-von-cdu-und-spd-muessen-anders-ausfallen-als-die-der-gruenen/24405208.html?ticket=ST-13486671-WTjvd-LWJd5wnMd2B7fj-ap6>.

⁷⁴ „Pfeiffer/Linnemann: Corona-Folgen werden uns lange begleiten – Gezielt unterstützen und entlasten“, Dr. Joachim Pfeiffer und Carsten Linnemann, Pressemitteilung, 14.10.2020: <https://www.joachim-pfeiffer.info/aktuell/pm-pfeiffer-linnemann-wirtschaft-schrumpft-staerker-als-bisher-angenommen>.

Tabelle 8:

Joachim Pfeiffer – Funktionen und Nebentätigkeiten⁷⁵

Funktionen in Partei und Politik	• MdB (CDU) • Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion • Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaft und Energie
Wirtschaftsrat	• Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg
Nebentätigkeiten (Auswahl)	• Mitglied im Kuratorium der Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg, der Unternehmensstiftung des baden-württembergischen Energieunternehmens EnBW • Geschäftsführer seiner eigenen Beratungsfirmen (Dr. Joachim Pfeiffer Consulting und Maconso GmbH) • Mitglied im Beirat der Hydroma AG (kanadisches Erdöl- und Gasunternehmen) • Die Familienunternehmen – ASU e. V. Mitglied des strategischen Beirats • Gesellschaft zum Studium struktureller Aufgaben, Vorsitzender des Beirats für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht

Thomas Bareiß: Multifunktionär im Einsatz für die Gaslobby und Staatssekretär

Zweiter im Bunde des „Bermudadreiecks“ ist Thomas Bareiß. Der Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg ist seit März 2018 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – mit der Zuständigkeit für die Bereiche Energie und Mittelstand. In der Partei wie auch in der Unionsfraktion ist er Vorstandsmitglied und ist im Bundestag seit 2010 durchgehend für das Thema Energiepolitik zuständig.⁷⁶

Bareiß hat zwar keine offizielle Funktion im Wirtschaftsrat, ist diesem aber dennoch eng verbunden. Er ist häufiger Gast des Wirtschaftsrats, wenn es um energiepolitische Themen geht: so zum Beispiel als Abschlussredner der energie- und umweltpolitischen Klausurtagung des Wirtschaftsrats 2019 oder als Redner zur Energiewende beim Wirtschaftstag 2018. Allein im Jahresbericht 2018 listen gleich drei Fachkommissionen Bareiß als ihren Redner auf, zusätzlich referierte er in dem Jahr auch auf der Präsidiums- und Vorstandssitzung des Wirtschaftsrats. Bareiß ist außerdem „politischer Unterstützer“ des „Energy Lab 2030“, einer aufwendigen, mehrteiligen Vernetzungsveranstaltung zum Thema Digitalisierung der Energiewirtschaft, die der Wirtschaftsrat organisiert.



Thomas Bareiß – Energiepolitiker, der die Energiewende als „Monstrum“ bezeichnet.

Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, licensed under CC BY-SA 4.0

⁷⁵ Vgl. Bundestag, veröffentlichungspflichtige Angaben der Nebentätigkeiten, <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien?url=L2FiZ2Vvcn-RuZXRL2Jpb2dyYWZpZW4vUC9wZmVpZmZlcl9qb2FjaGltTUyMjYxNg==&mod=mod525246&dir=ltr>.

⁷⁶ Bareiß ist zudem Mitinitiator des Berliner Kreises, ein Verein von CDU Bundes- und Landespolitiker:innen, die sich als wertkonservativ und marktliberal verstehen. Der Verein gründete sich im Jahr 2012 und setzte sich für klassisch-konservative Ideen ein wie Vorrang für Ehe und Familie, mehr „innere Sicherheit“, aber auch für mehr Marktwirtschaft in der Energiepolitik und die Beibehaltung der Atomenergie. In einem späteren Papier positionierte sich der Berliner Kreis klar klimaskeptisch – Bareiß teilte dazu mit, er sei an dem Klima-Positionspapier nicht beteiligt gewesen. Vgl. „Statement zum Papier des Berliner Kreises: Thomas Bareiß MdB weist Kritik der SPD entschieden zurück“, Thomas Bareiß, Pressemitteilung, 06.06.2017: <http://www.thomas-bareiss.de/2017/06/06/thomas-bareiss-mdb-statement-zum-papier-des-berliner-kreises/>.

So überrascht es nicht, dass der Wirtschaftsrat Baden-Württemberg Bareiß' Ernennung zum Staatssekretär im März 2018 eigens mit einer Pressemitteilung begrüßte und sich „weiterhin auf den gegenseitigen Austausch“ und ein „offenes Ohr“ für die baden-württembergische Wirtschaft freute.⁷⁷ Das zeigt: Zumindest für baden-württembergische Unternehmen ist Staatssekretär Thomas Bareiß ein wichtiger Türöffner ins Wirtschaftsministerium.

Ähnlich wie Pfeiffer hatte Bareiß zumindest bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär zahlreiche weitere Tätigkeiten neben seinem Mandat. Bis März 2018 war Bareiß Mitglied im Beirat des Lobbyverbands der Gasindustrie „Zukunft Erdgas“ (seit 2021: „Zukunft Gas“). Der Verein bewirbt Erdgas als vermeintlich unverzichtbaren Klimaretter und möchte das Image von Erdgas aufpolieren. Letzteres Engagement scheint Spuren hinterlassen zu haben: Als 2017 die damalige SPD-Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries den Austausch von alten Gaskesseln durch neue nicht länger fördern wollte, schlug Bareiß Alarm. Erdgas dürfe nicht „als vergleichsweise klimafreundlicher fossiler Primärenergieträger stigmatisiert“ werden.⁷⁸

Bis heute erweist sich Bareiß als großer Befürworter von Erdgas und Wasserstoff in allen Bereichen und tritt auf zahlreichen Veranstaltungen der Gasindustrie auf.⁷⁹ Dazu passt auch sein früheres Engagement im Beirat des Deutsch-Aserbaidzhanischen Forums, da Aserbaidzhan zentral für das deutsche Gasgeschäft ist. Für den Dämmstoffhersteller „Rockwool“ saß Bareiß ebenfalls bis März 2018 im Beirat – und bekam dafür einen jährlichen Nebenverdienst zwischen 15.000 und 30.000 Euro. In seiner Funktion als Staatssekretär sitzt er dem Aufsichtsrat der Deutschen Energieagentur (dena) vor.

In seinen öffentlichen Äußerungen fällt auf, dass Bareiß sich immer wieder kritisch bis abfällig über Klimaschutzmaßnahmen äußert. Die Energiewende nannte er ein „Monstrum“, weil sie die vier großen Energiekonzerne in ihrer Existenz bedrohe.⁸⁰ Auf Twitter schrieb Bareiß, dass „der Kampf gegen das Auto“ weder dem Klima noch der Umwelt nütze und „inhaltlich falsch“ sei. Seine Begründung: deutsche Motoren seien „Effizienz-Weltspitze“ und die Elektromobilität sei „auch nicht ganz CO₂ frei.“⁸¹

Zum Thema CO₂-Steuer drehte Bareiß 2019 ein Social-Media-Video für die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Damit unterstützte Bareiß die INSM-Klima-Kampagne, die das vorrangige Ziel hatte, eine CO₂-Steuer zu verhindern. Zum gleichen Thema äußerte sich Bareiß nach Veröffentlichung des kritischen CDU-Videos des Youtubers Rezo abfällig über Erstwähler:innen: Wenn diese „mal

77 Vgl. „Wirtschaftsrat begrüßt Ernennung der neuen Staatssekretäre Bareiß und Bilger“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Pressemitteilung, 12.03.2018: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-begruesst-ernennung-der-neuen-staatssekretaere-bareiss-und-bilger-de>.

78 „Koalition streitet um Heizkessel“, Klaus Stratmann, Handelsblatt, 22.06.2017: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energieeffizienz-koalition-streitet-um-heizkessel/19968416.html?ticket=ST-998196-lktawWnCWAxpD6V0fXD-ap5>.

79 So z.B. auf dem Symposium „Zukunft Gas-Mobilität“, das u.a. von Zukunft Erdgas organisiert wurde.

80 Vgl. „Wie teuer ist die Energiewende?“, Michael Bauchmüller, Süddeutsche Zeitung, 12.01.2017: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-wende-streit-um-die-kosten-1.3330126>.

81 Twitter, Thomas Bareiß, 02.10.2020: https://twitter.com/thomas_bareiss/status/1312065388990156800.

ihr eigenes Geld verdienen und selber spüren, wer das alles bezahlen muss“, würde die „Vernunft“ siegen und dann sehe „die Wahl vielleicht auch wieder anders aus“. Trotz heftiger öffentlicher Kritik vieler junger Klimaaktivist:innen und Widerspruch selbst aus der eigenen Partei blieb er bei seiner Position.⁸²

In der Corona-Krise war Bareiß daran beteiligt, die Corona-Krise gegen die Klimakrise auszuspielen. In einer Twitter-Auseinandersetzung mit dem Grünen-Politiker Oliver Krischer zum Ausbau erneuerbarer Energien schrieb er herablassend: „Wir haben gerade noch ein paar andere drängendere Themen zu bewältigen, die unser ganzes Land betreffen!“⁸³ Auch er benutzt dabei das Framing, dass „die Wirtschaft“ durch Klimaschutz nicht „belastet“ bzw. „abgewürgt“ werden dürfte – und Unternehmen in der Krise stattdessen „entlastet“ werden müssten.⁸⁴ Das entspricht den klimapolitischen Äußerungen des Wirtschaftsrats.

Tabelle 9:

Thomas Bareiß – Funktionen und Nebentätigkeiten⁸⁵

Funktionen in Partei und Politik	• MdB (CDU) • Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und ist damit mitverantwortlich für die Energiepolitik der Bundesregierung (Mittelstand, Tourismus, Energie) • Mitglied im Bundesvorstand der CDU • Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU/CSU im Bundestag
Wirtschaftsrat	• „Politischer Unterstützer“ des Energy Lab 2030, das der Wirtschaftsrat organisiert hat • häufiger Redner zum Thema Energiepolitik
Nebentätigkeiten (Auswahl)⁸⁶	• Aufsichtsratsvorsitzender Deutsche Energie-Agentur (dena) • Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Aufgaben e. V. (politiknaher Think Tank und Lobbyforum), Vorsitzender des Beirats Energie • Mitglied im Beirat des Lobbyverbands der Gasindustrie „Zukunft Erdgas“ (bis 2018) • Mitglied im Parlamentarischen Beirat von Rockwool (bis 2018) • Mitglied im Beirat der Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) an der Universität zu Köln e. V. (bis 2018) • Mitglied des Kuratoriums des Deutsch-Aserbaidzhanischen Forums e. V. (bis 2018)
Weiteres	• Mitinitiator des Berliner Kreises, eines Zusammenschlusses konservativer Unionspolitiker • Unterstützer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

82 Vgl. „CDU-Staatssekretär sorgt mit Tweet für Aufregung“, Stuttgarter Zeitung, 27.05.2019: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.thomas-bareiss-ueber-erstwaehler-cdu-staatssekretaer-sorgt-mit-tweet-fuer-aufregung.d3e0e625-738c-41d2-8129-d86d63d42ba8.html>.

83 Twitter, Thomas Bareiß, 14.03.2020: https://twitter.com/thomas_bareiss/status/1238761944363958275.

84 Vgl. „Bremst die Coronakrise den Klimaschutz aus?“, Barbara Schmidt-Mattern, Deutschlandfunk, 08.04.2020: https://www.deutschlandfunk.de/angeschlagene-wirtschaft-bremst-die-coronakrise-den.1773.de.html?dram:article_id=474287.

85 Vgl. Bundestag, veröffentlichungspflichtige Angaben der Nebentätigkeiten, <https://www.bundestag.de/abgeordnete?url=L2FiZ2VvcuRuZXRL2Jpb-2dyYWZpZW4vQi9iYXJlaXNzX3Rob21hcy01MTgxMzA=&mod=mod525246&dir=ltr>.

86 2018 wurde Bareiß zum Parlamentarischen Staatssekretär ernannt und gab deswegen einige seiner Nebentätigkeiten auf.

6.

Ausbremsen und verzögern: klimapolitische Interventionen

„Die jetzt schon ambitionierten [Klima-]Ziele ausgerechnet in Zeiten wie diesen überzogen erhöhen zu wollen, ist eine politische Instinktlosigkeit. [...] Zusatzbelastungen wären mit Blick auf die Corona-Rezession Gift für die Wirtschaft.“

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats in einer Pressemitteilung vom 8.9.2020⁸⁷

„Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen.“

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats, Interview im Jahresbericht 2019⁸⁸

In den letzten Jahren hat das Thema Klima innerhalb des Wirtschaftsrats an Bedeutung gewonnen. Mit Positionspapieren, Pressemitteilungen und einer eigenständigen energie- und umweltpolitischen Fachtagung brachten sich Mitglieder des Wirtschaftsrats immer wieder zu dem Themenbereich ein. Die Notwendigkeit von Klimaschutz wird dabei in aller Regel nicht offen infrage gestellt – und vor allem in den entsprechenden

⁸⁷ „Wirtschaftsrat gegen überzogene Verschärfung der Klimaziele. Wolfgang Steiger: Zusatzbelastungen wären mit Blick auf die Corona-Rezession Gift für die Wirtschaft“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Pressemitteilung, 08.09.2020: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-gegen-ueberzogene-verschaerfung-der-klimaziele-de>.

⁸⁸ Vgl. „Jahresbericht 2019“, Wirtschaftsrat der CDU, 13.03.2020, S. 6: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/\\$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf).

Fachkommissionen gibt es auch klare Bekenntnisse in Richtung konsequenter Klimaschutzziele.⁸⁹

Doch immer wieder tut sich der Wirtschaftsrat als Bremser hervor, wenn es um konkrete Klimaschutzmaßnahmen geht. Auch in öffentlichen Pressemitteilungen oder anderen Statements aus dem Wirtschaftsrat fällt auf, dass Klimaschutz als „Belastung“ oder gar als „Bedrohung“ für Unternehmen bezeichnet wird und folglich wirtschaftlichen Zielen nachgeordnet werden müsse.

LOBBYARBEIT GEGEN DIE ENERGIEWENDE

Während Umweltverbände das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bei seiner Einführung als großen Erfolg für die Energiewende feierten, plädiert der Wirtschaftsrat schon seit Jahren immer wieder für seine Abschaffung. Gleichzeitig fordert der Wirtschaftsrat weitreichende Ausnahmen von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen. Statt Ökostromförderung sprach sich der Wirtschaftsrat lange Zeit für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken aus – so etwa durch den Energiepolitischen Appell, den viele prominente Mitglieder des Wirtschaftsrats unterzeichneten.

2013 war der Wirtschaftsrat an einer gemeinsamen Kampagne verschiedener Wirtschaftsverbände und Think Tanks beteiligt, den Ausbau der erneuerbaren Energien durch eine Reform des EEG auszubremsen. Mit Schlagworten wie „Energiekostenexplosion“ und „Dauersubventionen und Staatswirtschaft“ unterstützte der Wirtschaftsrat das Ziel verschiedener Wirtschaftsverbände (u. a. INSM), das EEG zu diskreditieren und als Ursache steigender Strompreise zu brandmarken.

Gleichzeitig standen Vertreter des Wirtschaftsrats in diesem Zeitraum in engem Kontakt mit der Politik. Das sogenannte Ministergespräch des Wirtschaftsrats fand laut Jahresbericht 2013 mit dem damaligen Kanzleramtschef Peter Altmaier zum Thema Energiewende statt.⁹⁰ Während der Koalitionsverhandlungen trat der damalige Wirtschaftsratspräsident Kurt Lauk gemeinsam mit Christian von Stetten vom Parlamentskreis Mittelstand und Carsten Linnemann von der MIT auf einer gemeinsamen Pressekonferenz auf und forderte eine EEG-Reform.⁹¹ Es folgte ein „Brandbrief“ an die Bundesregierung und eine „bundesweite Kampagne“ zum selben Thema.⁹² Das SPD-geführte Wirtschaftsministerium nahm zwar keineswegs alle Vorschläge der

⁸⁹ Vgl. „Wachstums- und Innovationsstrategie für den Energie- und Industriestandort“, Bundesfachkommissionen Energiepolitik, Energieeffizienz und Umwelt- und Klimapolitik des Wirtschaftsrats der Cdu e.V., Positionspapier, 29.09.2020: [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/E546E-842FA851E0BC12585FA0044A82/\\$file/Positionspapier%20des%20Wirtschaftsrates%20-%20Wachstums-%20und%20Innovationsstrategie%20f%C3%BC_r%20den%20Energie-%20und%20Industriestandort.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/E546E-842FA851E0BC12585FA0044A82/$file/Positionspapier%20des%20Wirtschaftsrates%20-%20Wachstums-%20und%20Innovationsstrategie%20f%C3%BC_r%20den%20Energie-%20und%20Industriestandort.pdf).

⁹⁰ Vgl. „Jahresbericht 2013“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 10.04.2014, S. 20: [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/WR-Jahresbericht-2013-de/\\$file/Jahresbericht%202013%20Wirtschaftsrat.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/WR-Jahresbericht-2013-de/$file/Jahresbericht%202013%20Wirtschaftsrat.pdf).

⁹¹ Vgl. Ebd., S.41.

⁹² Vgl. „Jahresbericht 2014“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 31.03.2015, S. 39: [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/WR-Jahresbericht-2013-de/\\$file/Jahresbericht%202013%20Wirtschaftsrat.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/WR-Jahresbericht-2013-de/$file/Jahresbericht%202013%20Wirtschaftsrat.pdf).

Lobbykampagne auf. Dennoch hatte die EEG-Reform 2014 zur Folge, dass der Ausbau der Erneuerbaren stark gedrosselt wurde und Initiativen für mehr „Bürgerenergie“ ausgebremst wurden.⁹³

In der Debatte um den Kohleausstieg lobbyierte der Wirtschaftsrat gegen ein schnelles Ende der Kohle: Es sei verantwortungslos, „aus ideologischen Gründen durch einen übereilten Kohleausstieg die Versorgungssicherheit des Industrielandes Deutschland aufs Spiel zu setzen.“⁹⁴ Mit letzterem Anliegen begleitete er die Arbeit der von der Regierung eingesetzten Kohlekommission und lobte sich dafür, seine Forderung nach weniger staatlicher Unterstützung für erneuerbare Energien im Abschlussbericht der Kommission verankert zu haben.⁹⁵

Kein schnelles Ende der Kohle und keine zusätzlichen Kosten für Unternehmen – mit diesen Anliegen begleitete der Wirtschaftsrat die Arbeit der Kohlekommission der Bundesregierung.

Wie einflussreich die Arbeit des Wirtschaftsrats ist, zeigt ein weiteres Beispiel: Während der koalitionsinternen Auseinandersetzungen zum Klimapaket der Bundesregierung im Jahr 2019 legte der CDU-Vorstand ein Papier „Klimaeffizientes Deutschland“ vor. Der Wirtschaftsrat war laut eigener Darstellung an der Erstellung des Berichts beteiligt: Der Verband habe sich dafür eingesetzt, „Strompreise für Unternehmen und Verbraucher bezahlbar zu halten“ und – so heißt es im Jahresbericht 2019: „Diese Zielsetzung konnte der Wirtschaftsrat erfolgreich im CDU/CSU-Konzept ‚Klimaeffizientes Deutschland‘ festschreiben.“⁹⁶ Im Klartext heißt das: Der Einsatz des Wirtschaftsrats, dass Unternehmen möglichst wenig für die Energiewende zahlen sollen, kam bei der Union an.

ANGRIFFE AUF DEN KLIMASCHUTZ

Der Wirtschaftsrat nutzte die Corona-Krise, um Klimaschutzmaßnahmen insgesamt und dabei insbesondere verschärfte europäische Klimaziele infrage zu stellen. Schon im April 2020 labelte der Wirtschaftsrat Klimaschutzmaßnahmen als „Sonderbelastung der Wirtschaft“, die in der Krise auf den Prüfstand gestellt werden müssten. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung zählte Generalsekretär Wolfgang Steiger dazu auch „Sonderwege in der Klima- und Energiepolitik“, durch die eine „De-Industrialisierung“ drohe. Deswegen – so Steiger weiter – solle sich die Bundesregierung für „eine zeitliche Streckung“ der europäischen Klimaziele einsetzen.⁹⁷

93 Vgl. „Das EEG 2014. Bewertung und Ausblick“, Hans-Josef Fell, Memento vom 24. September 2014 im Internet Archive, August 2014.

94 „Wirtschaftsrat zur Kohle: Keine klimaideologischen Zahlenspiele auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrie. Wolfgang Steiger: Versorgungssicherheit darf nicht durch überstürzten Kohleausstieg gefährdet werden“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Pressemitteilung, 25.06.2018: <http://www.trend-zeitschrift.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-zur-kohle-keine-klimaideologischen-zahlenspiele-auf-kosten-der-wettbewerbsfaehigkeit?open>. Und: „Jahresbericht 2018“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 26.03.2019, S. 46: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/\\$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf).

95 Vgl. „Jahresbericht 2018“, Wirtschaftsrat der CDU, 26.03.2019, S. 44: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/\\$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf).

96 Vgl. „Jahresbericht 2019“, Wirtschaftsrat der CDU, 13.03.2020, S. 9 und 43: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/\\$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf).

97 Vgl. „Wie die Pandemie das Klima schützt – und bedroht“, Michael Bauchmüller und Marlene Weiß, Süddeutsche Zeitung, 12.04.2020: <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-klimawandel-nachhaltigkeit-1.4873975>.

Tatsächlich griff die Unionsbundestagsfraktion diese Forderung in einem Entwurf für ein Positionspapier wenig später auf und stellte die geplante Erhöhung der europäischen Klimaziele infrage – und berief sich dabei auf einen Koalitionsbeschluss, nachdem „Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden“ seien.⁹⁸ Die Rede von Klimaschutz als unnötige Belastung war also direkt in der Politik angekommen. Das Papier rief großen Protest hervor und wurde in seiner endgültigen Form schließlich wieder etwas abgeschwächt.

Dennoch stellte sich auch im Vorfeld und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft der Wirtschaftsratsrat immer wieder mit klaren Worten gegen eine Erhöhung der EU-Klimaziele. Wirtschaftsratspräsidentin Hamker warf der Europäischen Kommission vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit „zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft“ zu agieren.⁹⁹ Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete die geplante Erhöhung der europäischen Klimaziele als „überzogen“ und „politische Instinklosigkeit“. Wenige Tage später meldete sich Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) mit einem ähnlichen Begriff zu Wort: Er warnte mit Blick auf die Wirtschaft in der Corona-Krise vor „überzogenen Werten“ bei den EU-Klimazielen.¹⁰⁰

Diese klaren Absagen an Klimaschutzmaßnahmen stehen sogar im Widerspruch zu den Forderungen der eigenen Fachkommissionen Energiepolitik sowie Klima- und Umweltpolitik des Wirtschaftsrats, die in einem gemeinsamen Positionspapier fordern: „Die Bewältigung der aktuellen [Corona]-Krise darf nicht zu Lasten der determinierten deutschen, europäischen und internationalen Klimaziele erfolgen.“¹⁰¹

Klare Positionen zu europäischen Klimaziele: Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnet die geplante Erhöhung der europäischen Klimaziele als „überzogen“ und „politische Instinklosigkeit“.

RÜCKENDECKUNG FÜR DIE AUTOINDUSTRIE: CO₂-GRENZWERTE UND „TECHNOLOGIEOFFENHEIT“

Die Autoindustrie ist personell gut in den Gremien des Wirtschaftsrats vertreten. Mit VDA-Präsidentin Hildegard Müller sitzt Deutschlands Chefautolobbyistin im Bundesvorstand des Verbands. Daimler-Vorständin Renata Jungo Brünnger ist Präsidiumsmitglied, Daimler-Trucks-und-Busse-Vorstand Martin Daum leitet den Industriebeirat des

⁹⁸ Vgl. „Unionsfraktion missbilligt Merkels Zusage zu höheren Klimazielen“, Michael Bauchmüller und Cerstin Gammelin, Süddeutsche Zeitung, 08.05.2020: <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-merkel-unionsfraktion-1.4901579>.

⁹⁹ Vgl. „Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen“, Astrid Hamker, Rheinische Post, 21.10.2019: https://rp-online.de/politik/deutschland/praesidentin-des-cdu-wirtschaftsrats-astrid-hamker-nicht-alles-nur-durch-die-klimabrille-sehen_aid-46617957.

¹⁰⁰ Vgl. „Scheuer warnt vor „überzogenen“ Klimazielen in der EU“, Süddeutsche Zeitung, 12.09.2020: <https://www.sueddeutsche.de/politik/scheuer-kritik-klimaziele-eu-corona-1.5029616>.

¹⁰¹ Vgl. „Bundesfachkommissionen Energiepolitik, Energieeffizienz und Umwelt- und Klimapolitik Wachstums- und Innovationsstrategie für den Energie- und Industriestandort“, Bundesfachkommissionen Energiepolitik, Energieeffizienz und Umwelt- und Klimapolitik des Wirtschaftsrats der Cdu e.V., Positionspapier, 29.09.2020: [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/E546E842FA851E0BC12585FA00444A82/\\$file/Positionspapier%20des%20Wirtschaftsrates%20-%20Wachstums-%20und%20Innovationsstrategie%20f%C3%BC_r%20den%20Energie-%20und%20Industriestandort.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/E546E842FA851E0BC12585FA00444A82/$file/Positionspapier%20des%20Wirtschaftsrates%20-%20Wachstums-%20und%20Innovationsstrategie%20f%C3%BC_r%20den%20Energie-%20und%20Industriestandort.pdf).

Verbands und der Brüsseler VW-Cheflobbyist Christof-Sebastian Klitz ist Vorstandsmitglied des Landesverbands Brüssel und war dort zeitweise auch Vorsitzender.

Der Wirtschaftsrat ist eng mit der Auto-industrie verbunden – und sprach sich gegen eine „Dämonisierung“ des Diesels aus. Auch Dieselfahrverbote und verschärfte Abgasgrenzwerte versuchte der Verband zu verhindern.

Diese personelle Besetzung schlägt sich auch in den Positionen und Kampagnen des Wirtschaftsrats nieder: Der Verband hatte sich im Jahr 2017 das Ziel gesetzt, gegen Dieselfahrverbote zu „kämpfen“. In „konzertierten Aktionen“ sperrte sich der Wirtschaftsrat gegen die „dirigistischen Maßnahmen“ und die „Dämonisierung“ des Diesels.¹⁰² Zum Thema Fahrverbote forderte der sächsische Landesvorsitzende Joachim Rudolf ein entsprechendes Urteil des höchsten sächsischen Verwaltungsgerichts zu ignorieren und sah „keinerlei rechtliche Verpflichtung“ darin, das Fahrverbot tatsächlich zu verhängen.¹⁰³ In seinem Jahresbericht 2017 rühmt sich der Wirtschaftsrat schließlich, dass er eine Verankerung von Dieselfahrverboten im Koalitionsvertrag „erfolgreich abgewehrt“ habe.¹⁰⁴

Aus dem Umfeld des Wirtschaftsrats gab es auch mehrfach Angriffe auf die Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation Deutsche Umwelthilfe (DUH), die maßgeblich an der Aufdeckung und kritischen Begleitung des Dieselskandals beteiligt war und für Dieselfahrverbote geklagt hatte. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) hatte auf dem CDU-Parteitag die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und der Klagerechte der Organisation gefordert. Auch Joachim Pfeiffer, energie- und wirtschaftspolitischer Sprecher sowie Wirtschaftsrat-Landesvorstandsmitglied in Baden-Württemberg (s. o.) tat sich als scharfer Kritiker der DUH hervor – er bezeichnete die Organisation als „unerträglich“ und forderte die Streichung öffentlicher Gelder für den Umweltverband.¹⁰⁵

In der Diskussion um ein mögliches Auslaufen des Verbrennungsmotors meldet sich der Wirtschaftsrat immer wieder mit dem Schlagwort der „Technologieoffenheit“ zu Wort. Damit wollte der Verband politische Vorgaben für die technologische Transformation der Automobilindustrie verhindern. Das zielt vor allem auf die Förderung der Elektromobilität zulasten des Verbrenners. Das Stichwort „Technologieoffenheit“ wird mittlerweile selbst von VW-Chef Diess kritisiert.¹⁰⁶ Verkehrsminister Scheuer steht auch 2020 noch hinter dem Schlagwort und spricht sich für einen Erhalt des Verbrenners aus.¹⁰⁷

102 Vgl. „Jahresbericht 2017“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 10.04.2018, S. 47: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/0C78CBD5565E-079AC125827B002C9D56/\\$file/1800252_WR_JB17_150dpi.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/0C78CBD5565E-079AC125827B002C9D56/$file/1800252_WR_JB17_150dpi.pdf). Und: „Jahresbericht 2018“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 26.03.2019, S.51: [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/\\$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf).

103 Vgl. „Lange Liste mit Ausnahmen von Fahrverboten“, Stuttgarter Nachrichten, 01.03.2018: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.leipziger-urteil-lange-liste-mit-ausnahmen-vom-fahrverbot-geplant.d8a3a881-9727-4554-9879-cd6e84e26d7b.html>.

104 Vgl. „Jahresbericht 2017“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 10.04.2018, S. 47: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/0C78CBD5565E-079AC125827B002C9D56/\\$file/1800252_WR_JB17_150dpi.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/0C78CBD5565E-079AC125827B002C9D56/$file/1800252_WR_JB17_150dpi.pdf).

105 Vgl. „Angriff auf Deutsche Umwelthilfe“, Anja Krüger, Die Tageszeitung, 09.08.2019: <https://taz.de/CDU-Abgeordneter-will-Foerderung-stoppen/!5614485/>.

106 Vgl. „Volkswagen-Chef Diess: E-Mobilität ist keine Wette“, Christoph, Seyerlein, kfz-betrieb, 05.12.2020: <https://www.kfz-betrieb.vogel.de/volkswagen-chef-diess-e-mobilitaet-ist-keine-wette-a-977619/>.

107 Vgl. „Es darf kein Tabuthema Verbrennungsmotor geben“, Andreas Scheuer und Tobias Armbrüster, Interview, 08.09.2020: https://www.deutschlandfunk.de/verkehrsminister-scheuer-csu-es-darf-kein-tabuthema.694.de.html?dram:article_id=483743.

Auch verschärfte CO₂-Grenzwerte für Autos versuchte der Wirtschaftsrat abzuwenden. Die Einsparziele seien „unverhältnismäßig“ und „klimaideologisch“ und bedeuteten eine „Gefährdung der Automobilindustrie“.¹⁰⁸ Im Vorfeld und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellte sich der Wirtschaftsrat immer wieder mit klaren Worten gegen eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos.

Im November 2020 lief der Wirtschaftsrat gemeinsam mit dem VDA Sturm gegen neue Abgasregeln für Autos: Dies seien „weltfremde Vorschläge“, die zu einer „Zerstörung der europäischen Automobilindustrie“ führen.¹⁰⁹ Der Wirtschaftsrat forderte eine europäische Koalition gegen eine Verschärfung der Abgasnorm. Bundeskanzlerin Merkel kündigte nach einem Autogipfel im November 2020 einen eigenen „permanenten Gesprächskanal“ für die Autoindustrie an, um die europäische Diskussion im Sinne der deutschen Autoindustrie zu begleiten.¹¹⁰ An den Autogipfeln der Bundesregierung nimmt regelmäßig auch VDA-Chefin und Wirtschaftsratsvorständin Hildegard Müller teil.

KLIMASCHUTZ ALS „BELASTUNG“ – DAS KLIMAPOLITISCHE „FRAMING“ DES WIRTSCHAFTSRATS

Klimaschutz als Belastung: Der Wirtschaftsrat wehrt sich dagegen, Umwelt- und Klimaschutz als eigenständiges politisches Ziel zu betrachten. Stattdessen betonen seine Vertreter:innen immer wieder, dass Klimaschutzmaßnahmen in keinem Fall dem Wirtschaftswachstum schaden dürften. In diesem Bild wird Klimaschutz zur „Belastung“ oder „Gift“ für Unternehmen. Deswegen dürfen – so argumentiert der Wirtschaftsrat immer wieder – gerade in Krisenzeiten keine schärferen Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden. Wenn Klimaschutzmaßnahmen eingeführt werden, dann sollten sie den Unternehmen keinesfalls zusätzliche Kosten verursachen, kurz gefasst: Wenn schon Klimaschutz, dann muss der Staat zahlen.

Klimaschutz ist Verbotspolitik und Bedrohung der Freiheit: Klare Positionen hat der Wirtschaftsrat außerdem zu den notwendigen Maßnahmen. Kurz gefasst fordert der Wirtschaftsrat: Markt statt staatlicher Vorgaben. Letztere werden als Verbote, Verzicht, „Bevormundung“ gebrandmarkt. Stattdessen brauche es allein marktwirtschaftliche Regelungen. Dieses Framing wird teilweise noch weiter aufgeladen, indem staatliche Vorgaben als Angriff auf die „freiheitliche Lebensweise“ oder die marktwirtschaftliche Ordnung kritisiert werden.

¹⁰⁸ Vgl. „Jahresbericht 2018“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., 26.03.2019, S.9, 47: [https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/\\$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf](https://webui.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2018-de/$file/Wirtschaftsrat%20Jahresbericht%202018.pdf) und „Altmaier warnt vor Überforderung der Autoindustrie durch neue Grenzwerte“, Thomas Sigmund, Stefan Menzel, Dietmar Neuerer und Klaus Stratmann, Handelsblatt, 18.12.2018.

¹⁰⁹ „Euro-7-Norm der EU – ‚Weltfremde Beschlüsse mit dramatischen Konsequenzen‘“, Philipp Vetter, Die Welt, 18.11.2020: <https://www.welt.de/wirtschaft/artikel/220453398/Euro-7-Norm-fuer-Autos-Weltfremde-Beschluesse-mit-dramatischen-Konsequenzen.html>.

¹¹⁰ Vgl. „Autolobby und Bundesregierung blasen zum Angriff auf geplante EU-Abgasnorm“, Nina Katzemich, LobbyControl, 30.11.2020: <https://www.lobbycontrol.de/2020/11/autolobby-und-bundesregierung-blasen-zum-angriff-auf-geplante-eu-abgasnorm/>.

Klimaschutz funktioniert nur im Wettbewerb um neue Technologien: Maßnahmen für mehr Klimaschutz sollten vor allem über neue Technologien und Innovationen erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und Deutschland einen vordersten Platz im globalen Konkurrenzkampf zu sichern. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, sei dabei Technologieoffenheit besonders wichtig. Der Begriff „Technologieoffenheit“ klingt positiv, dient aber vor allem dazu, eine stärkere politische Regulierung von umweltschädlichen Geschäftsmodellen und Technologien abzuwehren. Besonders in der Diskussion um den Verbrennungsmotor wird der Begriff immer wieder verwandt, um eine stärkere Förderung der Elektromobilität zulasten des Verbrenners zu verhindern.

Auswertungen fordern als Verzögerungstaktik: Erst auswerten, dann regulieren – was an sich nach bedachtem Handeln klingt, wird von Lobbyorganisationen häufig als Verzögerungstaktik eingesetzt. Selbst wenn die Faktenlage – wie bei der Klimakrise – klar schnelles Handeln erfordert, drängt der Wirtschaftsrat etwa in der Corona-Krise auf eine Auswertung der Belastungen auf die Unternehmen, bevor Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden sollen.¹¹¹ In eine ähnliche Richtung gehen Forderungen, sich erst über Instrumente zu einigen, bevor Ziele festgelegt werden. Mit dieser Argumentation wendet sich der Wirtschaftsrat zum Beispiel gegen eine Verschärfung der europäischen Klimaziele.

Klimaschutz in Deutschland bringt zu wenig: Um nationale Regelungen für mehr Klimaschutz abzuwehren, verweist der Wirtschaftsrat auf die internationale Ebene. Deutschlands Rolle sei nicht bedeutend genug, „nationale Alleingänge“ schädlich – insbesondere für den Industriestandort. Beispiel: Wirtschaftsratspräsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: „Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten.“¹¹²

Warnung vor Horrorszenarien durch mehr Klimaschutz: Der Wirtschaftsrat bedient sich außerdem der beliebten Lobby-Kommunikation der Horrorszenarien, um vor den Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen zu warnen. Schärfere Klimaschutzmaßnahmen werden zum Teil als „Zerstörung des Industriestandorts“, als „völlig weltfremd“ oder „ideologiegetriebene Demontage“ beschrieben.

Delegitimierung von Protesten und Angriff auf Zivilgesellschaft: Aktivist:innen werden teils mit deutlicher Sprache diskreditiert, delegitimiert oder sogar als kriminell dargestellt. Aus dem Umfeld des Wirtschaftsrats stammten auch Vorschläge, die Arbeit von Umwelt- und Verbraucherorganisationen durch Streichung von Geldern, Aberkennung der Gemeinnützigkeit und Klage-rechten zu schwächen. Wenn Präsidentin Hamker die Fridays-for-Future-Aktivist:innen auffordert, auf ihren Demonstrationen keinen Müll zu hinterlassen, unterstellt sie diesen unbegründet Fehlverhalten und lenkt gleichzeitig von den eigentlichen Anliegen der Proteste ab.¹¹³

111 Vgl. „Wirtschaftsrat gegen überzogene Verschärfung der Klimaziele. Wolfgang Steiger: Zusatzbelastungen wären mit Blick auf die Corona-Rezession Gift für die Wirtschaft“, Wirtschaftsrat der CDU e.V., Pressemitteilung, 08.09.2020: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-gegen-ueberzogene-verschaerfung-der-klimaziele-de>.

112 „Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen“, Astrid Hamker, Rheinische Post, 21.10.2019: https://rp-online.de/politik/deutschland/praesidentin-des-cdu-wirtschaftsrats-astrid-hamker-nicht-alles-nur-durch-die-klimabrille-sehen_aid-46617957.

113 Vgl. „Jahresbericht 2019“, Wirtschaftsrat der CDU, 13.03.2020, S. 6: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/\\$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2019-de/$file/2000700_WR_JB19_150dpi%20-%20reduziert.pdf).

7.

Fazit: Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Im Wirtschaftsrat laufen viele Fäden zusammen: Unternehmer:innen treffen hier mit Politiker:innen aller Ebenen zusammen, die wiederum die Forderungen der Unternehmen in die Parlamente und Regierungen tragen. Unterstützung bekommen sie von nahestehenden Wissenschaftler:innen, und die Positionen des Wirtschaftsrats werden in Medien wiedergegeben, ohne diesen als Lobbyverband zu bezeichnen. Unsere Recherche zeigt: Der Wirtschaftsrat ist durch seine Besetzung – zahlreiche Unternehmen aus der fossilen Wirtschaft und enge Verbindungen mit neoliberalen Netzwerken – ein Hort neoliberaler Politik, der eine klimaverträgliche Transformation der Wirtschaft ausbremst. Mit seinen privilegierten Zugängen trägt er dazu bei, dass sich die CDU als größte deutsche Regierungspartei einseitig von bestimmten Unternehmen beeinflussen lässt. Das wiederum führt zu unausgewogenen Entscheidungen zulasten der Allgemeinheit und des Klimas.

Problematisch ist zudem die Doppelrolle des Wirtschaftsrats, die den Verband gleich dreifach bevorteilt: Die privilegierte Rolle in der CDU – samt seiner medialen Gleichsetzung als Parteigremium – verschafft dem Verband gute Netzwerke und fördert seine politische Macht. Seine Rechtsform als Berufsverband entbindet ihn aber von den Transparenzpflichten, die für Parteiorganisationen gelten. Aus demokratischer Sicht ist der fließende Übergang zwischen Partei und Lobbyverband fragwürdig, weil dies dem Wirtschaftsrat eine herausgehobene Einflussnahme sichert. Zugleich profitiert der Verein von steuerlichen Vorteilen, denn von Berufsverbänden wurden bislang keine Einschränkungen in ihrer politischen Tätigkeit eingefordert – anders als bei gemeinnützigen Vereinen.

Der Wirtschaftsrat hat eine Sonderstellung, die zu einseitigem Lobbyeinfluss auf die CDU führt. Die CDU muss diese besondere Machtposition dringend begrenzt. CDU und Wirtschaftsrat sollten darüber hinaus Klarheit schaffen und den Wirtschaftsrat als das behandeln, was er ist: ein Lobbyverband. Das muss in der Kommunikation und Selbstdarstellung klar benannt werden. Und solange es keine Transparenzpflichten für Lobbyverbände gibt, sollte der Verband freiwillig einen Finanzbericht vorlegen – und gleichzeitig sollte die CDU innerhalb der Großen Koalition dazu beitragen, den Gesetzgebungsprozess für ein Lobbyregister mit Transparenzpflichten für Lobbyakteure zügig abzuschließen. Die klare Bezeichnung des Wirtschaftsrats als CDU-naher Berufs- oder Lobbyverband ist auch in der medialen Berichterstattung zentral.

Der Wirtschaftsrat ist ein Hort neoliberaler Politik, der eine klimaverträgliche Transformation der Wirtschaft ausbremst. Der fließende Übergang zwischen Partei und Lobbyverband ist auch aus demokratischer Perspektive fragwürdig.

FORDERUNGEN

⇒ **An den Wirtschaftsrat: Mehr Transparenz und Ausgewogenheit**

Parteien und deren Unterorganisationen unterliegen nicht ohne Grund strengen Transparenzpflichten. Trotz seiner großen Parteinähe veröffentlicht der Wirtschaftsrat keinen Finanzbericht. Diese mangelnde Transparenz ist angesichts der engen Verbindungen zur CDU aus demokratischer Perspektive problematisch. Intransparent bleibt auch die Besetzung seines Wissenschaftlichen Beirats. Wir fordern den Wirtschaftsrat auf, diese Informationen vorzulegen. Außerdem sollte der Wirtschaftsrat in seiner Selbstdarstellung klar benennen, dass er kein Parteigremium ist.

⇒ **An die CDU: Mehr Distanz und mehr Ausgewogenheit**

Es ist wichtig und richtig, dass CDU-Politiker:innen im Austausch mit Unternehmen stehen. Problematisch ist allerdings, wenn dies einseitig und in privilegierter Form geschieht. Die Partei sollte deswegen die Sonderstellung eines Wirtschaftslobbyverbands innerhalb ihrer eigenen Strukturen beenden und damit die Machtstellung des Wirtschaftsrats beschränken. Als ersten Schritt in diese Richtung sollte der Wirtschaftsrat nicht länger Mitglied im Parteivorstand sein.

⇒ **An Medien und Öffentlichkeit: Klare Bezeichnung des Gremiums**

In der medialen Berichterstattung wird der Wirtschaftsrat der CDU meist nur mit seinem Namen benannt und nicht weiter eingeordnet. Dadurch entsteht der Eindruck, es handle sich um ein Parteigremium. Auch seine Funktion als Lobbyverband bleibt dabei im Dunkeln – die Bezeichnung „Rat“ weckt die Assoziation, dass es sich um ein Beratungsgremium handle. Wir empfehlen, in der Berichterstattung den Wirtschaftsrat als unternehmerischen Berufsverband, als Unternehmerverband oder Lobbyverband zu bezeichnen, um das Gremium besser einordnen zu können. Die häufig verwendete Bezeichnung „CDU-nah“ ist ebenfalls hilfreich, um den Rat als parteinah einordnen zu können und gleichzeitig zu markieren, dass es sich nicht um ein Parteigremium handelt.

⇒ **An die Bundesregierung und den Bundestag**

Der Einfluss des Wirtschaftsrats und anderer Lobbyorganisationen ist für die Öffentlichkeit und selbst weite Teile der Politik noch immer weitgehend intransparent. Deswegen fordern wir die Große Koalition auf, den Gesetzgebungsprozess zur Einführung eines Lobbyregisters einschließlich einer exekutiven Fußspur zügig abzuschließen. Darüber hinaus brauchen wir weitere Regeln für Integrität und Transparenz in der Politik. Dazu zählen schärfere Regeln für Abgeordnete und strengere Regeln für Parteispenden und Sponsoring.



Foto: Florian Beilert/LobbyControl

Gemeinsam für eine Klimapolitik für alle protestieren –
LobbyControl beim Fridays-for-Future-Klimastreik im September 2020.

ÜBER LOBBYCONTROL:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. Seit 2005 setzen wir uns für eine lebendige und transparente Demokratie ein.

Blieben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- folgen Sie uns auf Facebook, Instagram (@lobbycontrol) und twitter (@lobbycontrol)



UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT!

Unsere unabhängige Arbeit wird durch Fördermitgliedschaften und private Einzelspenden ermöglicht. Unterstützen Sie Studien wie diese und unsere weitere Arbeit mit einer Spende: Schon 5 Euro helfen. Vielen Dank!

Spendenkonto:

IBAN: DE 8037 0205 0000 0804 6200

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BFSWDE33XXX

Online Spende:

www.lobbycontrol.de/spenden

Als gemeinnütziger Verein stellen wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung aus.

Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Stiftungsgelder.
Mehr Informationen finden Sie unter: www.lobbycontrol.de/initiative/